

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Goldplennig, monatlich 2.- Goldmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutsch- und Danzig, Saar- und Rheingebiet, Österreich, Litauen, Lauenburg 1.50 Goldmark, für das übrige Ausland 2.50 Goldmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Soll und Sein“ mit „Erdung und Kleingarten“ sowie der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Zeile 6.50 Goldmark, 2. Seite 5.50 Goldmark, 3. Seite 4.50 Goldmark, 4. Seite 3.50 Goldmark, 5. Seite 2.50 Goldmark, 6. Seite 1.50 Goldmark, 7. Seite 1.00 Goldmark, 8. Seite 0.50 Goldmark, 9. Seite 0.25 Goldmark, 10. Seite 0.15 Goldmark, 11. Seite 0.10 Goldmark, 12. Seite 0.05 Goldmark, 13. Seite 0.03 Goldmark, 14. Seite 0.02 Goldmark, 15. Seite 0.01 Goldmark, 16. Seite 0.005 Goldmark, 17. Seite 0.003 Goldmark, 18. Seite 0.002 Goldmark, 19. Seite 0.001 Goldmark, 20. Seite 0.0005 Goldmark.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, übergeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Kernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Dienstag, den 18. November 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postfachkonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direction der Distanz-Gesellschaft, Teplitzstraße 3

An die Mitglieder der Gewerkschaften!

Zum zweiten Male in diesem Jahre werdet Ihr an die Wahlurne gerufen. Der Inflationsreichstag, eine zu ernster gesetzgeberischer Arbeit unfähige Körperschaft, ist aufgelöst, und in die Hand der Wähler ist von neuem das Schicksal des Deutschen Reiches gelegt worden.

Vor dem Kriege galt die deutsche Arbeiterklasse als die politisch am besten geschulte der Welt. Einig und geschlossen fandte sie bei jeder Wahl in wachsendem Maße ihre Vertreter in den Reichstag, und damit wuchs von selbst ihr politischer Einfluß, soweit er in einem Staate, in dem der Reichstag nicht viel mehr als ein schönes Dekorationsstück war, wachsen konnte.

Heute ist der Reichstag etwas ganz anderes. Heute geht die politische Macht vom Volke aus und der Reichstag ist berufen, diese Macht zu verkörpern. Wie er zusammengesetzt ist, ist die Regierung zusammengesetzt, die er halten oder stürzen kann, je nachdem er ihre Arbeit bewertet. So wählt heute der Wähler nicht nur den Reichstag,

er wählt auch die Regierung.

Seine Verantwortung bei der Wahl ist damit gegen früher gewaltig gewachsen. Und in dieser Zeit steht die deutsche Arbeiterklasse nicht mehr einig und geschlossen da. Anstatt dem gemeinsamen Gegner aus wirtschaftlichem und politischem Gebiet auch dort in geschlossener Front gegenüberzustehen, wo die Machtverhältnisse gesetzliche Formen erhalten, wüten die Arbeiter gegeneinander, wobei sie ihre eigene Macht zerstören. Der Krieg und das Elend der ihm folgenden Jahre haben die politische Erziehung der heranwachsenden Generation verhindert. Das Schlagwort konnte an die Stelle der politischen Einsicht treten. Das muß wieder anders werden.

Es wird von den Leuten, die sich Kommunisten nennen und die geschäftsmäßig die Zermürbung und Zerstörung der Arbeiterorganisationen von innen aus betreiben, sozial vom Klassenkampf geredet. Dabei brücken sie eine der wichtigsten Stätten des Klassenkampfes auf den Boden einer Kadabühne hinunter, in dem Bestreben, den Reichstag und den Parlamentarismus den Arbeitern zu vererben. Oder ist der Reichstag keine Stätte des Klassenkampfes? Ist es für die Arbeiter ohne Bedeutung, ob dort wüste Pärmszenen aufgeführt werden oder praktische Arbeit geleistet wird?

Der Reichstag entscheidet!

Wo wird die Frage entschieden, ob wir den gesetzlichen Achtstundentag wiederbekommen sollen?

Im Reichstag.

Wo wird das Arbeitsgerichtsgesetz, das Arbeitsvertragsgesetz, die Schlichtungsordnung, das Tarifgesetz gestaltet?

Wählt am 7. Dezember sozialdemokratisch!

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Neue Faschistenmorde.

Jedoch keine Fremdenpanik — da „ständige Erscheinungen“

Rom, 17. November. (Eigener Drahtbericht.) Bei Vecchiano, einem Dorf in der Nähe von Pisa, unternahm heute faschistischer Ban'na eine Strafexekution, bei der vier Personen erschossen, eine verwundet wurde. Sechs Schuldige sind verhaftet. In Livorno wurde heute nach einer Bombe gegen das Haus einer Freimaurerloge geworfen, die aber nur Sachschaden verursachte.

In heute eingetroffenen deutschen bürgerlichen Freilagsblättern wird eine Meldung des Direktors der „Morgenspost“ weitergegeben, wonach die Lage Italiens kritisch geworden sein soll, die Fremden sollen in Scharen Rom verlassen usw. Das entspricht in keiner Weise den Tatsachen. Innenpolitische Unruhen und Kämpfe sind ständige Erscheinungen in Italien. In Rom ist alles vollkommen ruhig. Trotz des Abdrückens des Faschismus beherrscht Mussolini ruhig die Lage.

Mussolini gegen Mussolini.

Rom, 17. November. (Eigener Drahtbericht.) Im italienischen Rumpfparlament hielt am Schluß der Budgetdebatte Mussolini eine Rede, in der er sich für Deutschlands Eintritt in den Völkerbund aussprach und dafür eintrat, daß Deutschland einen dauernden Sitz im Völkerbund erhalten sollte. Schließlich stellte er die Vertrauensfrage. 315 Abgeordnete stimmten für die Regierung, 21 enthielten sich der Stimme, während 6 Abgeordnete unter Führung Giolittis

gegen die Regierung stimmten. Insgesamt umfaßt das Parlament 535 Abgeordnete, davon gehören 130 der Opposition an. Aus dem Stimmverhältnis ergibt sich also, daß sich insgesamt 158 Abgeordnete der Regierungsparteien außer der Opposition an der Abstimmung nicht beteiligt haben.

Der isolierte Faschismus.

Rom, 17. November. (Eigener Drahtbericht.) Es steht fest, daß neben Giolitti auch die beiden anderen Ministerpräsidenten der jüngsten italienischen Vergangenheit sich von Mussolini abwenden und mit der Bewegung der Kriegsteilnehmer zusammenarbeiten wollen. Die Haltung dieser Persönlichkeiten findet in Worten Reserven, die bisher die Politik Mussolinis stützten, Widerhall. Mussolini will daher die gegenwärtige Session der Kammer so rasch wie möglich beenden.

Rom, 17. November. (Eigener Drahtbericht.) Die Gegnerschaft Giolittis gegen Mussolini gewinnt durch den Beitritt Garibaldi, hinter dem die Veteranen stehen und dessen Name in Italien besonderen Einfluß hat, größte politische Bedeutung. In politischen Kreisen wird dieses Ereignis sogar als ein Wiederaufleben der Macht Giolittis betrachtet. Umso mehr, als Garibaldi am Sonntag in einem Interview die Rückkehr Giolittis auf den Posten des Ministerpräsidenten für notwendig erklärt hat. Giolitti gilt allgemein nicht nur als der Älteste, sondern auch als der klügste italienische Politiker. Wenn er auch in der Kammer nur das Haupt einer kleinen Gruppe ist, so hat er doch im Lande eine große Anhängererschaft.

Hazardspiel mit dem Rhein.

Wie sich Herr Farres die „Verfassungspolitik“ vorstellte.

Der 16. November würde verdienen, zu einem nationalen Gedenktag erhoben zu werden. Denn an diesem Tage wurde durch Rückgabe der Regiebahnen an die Deutsche Reichsbahngesellschaft die wirtschaftliche Räumung des besetzten Gebiets beendet, die Gefahr seiner Abtrennung vom Reich beseitigt. Dies herbeigeführt zu haben, war gewiß eine „nationale Tat“, nur werden die Erbpächter des nationalen Gedankens es nicht wahr haben wollen, weil sie sonst zugeben müßten, daß diese Tat der Befreiung von der Sozialdemokratie durch ihr konsequentes Eintreten für den Dawes-Plan gegen ihren fanatischen Widerstand eingeleitet und mit durchgeführt worden ist.

Wie war es bei den anderen?

Die rechtsvolksparteiliche „Königliche Zeitung“ hat sich kürzlich veranlaßt gefühlt, gegen die von demokratischer Seite in Erinnerung gebrachte Tatsache Stellung zu nehmen, daß gerade diejenigen Kreise, die sich heute am nationalsten gebärden, vor Jahresfrist das Rheinland seinem Schicksal überlassen wollten. Das Kölner Großkapitalistenblatt sprach von einem „Verfassungsschwindel“, mit dem die Linksparteien im Wahlkampf operierten. Nun ergreift der Führer der rheinischen Demokraten, Justizrat Fall, früherer Reichstagsabgeordneter, in der demokratischen Presse das Wort und rollt die ganze Frage der „Verfassungspolitik“ auf. Die Dinge, um die es sich dabei dreht, sind bereits früher Gegenstand lebhafter Polemiken gewesen, wobei positive Angaben des Genossen Bößler im „Vorwärts“ seinerzeit lebhaftes Aufsehen erregten.

Es ist noch in Erinnerung, wie zu Ende September 1923 im Lager der Rechtsparteien Stimmen dafür laut wurden, daß das Reich jegliche Zahlungen an das besetzte Gebiet einstellen sollte, also nicht nur die Arbeitslosenunterstützungen, sondern auch die Beamtengehälter usw. Diejenigen, die für diese Katastrophentheorie eintraten, schlugen vor, daß Deutschland diesen seinen Entschluß feierlich der Welt mitteilen und Frankreich für alle weiteren Folgen verantwortlich machen sollte.

Dies hätte in der damaligen Zeit der Separatistenpulsche usw. nichts anderes bedeutet als den glatten Verlust des Rheinlandes und des Ruhrgebietes. Wenn dieser unheilvolle Plan im letzten Augenblick verhindert werden konnte, so nur dank dem entschlossenen Widerstand der Sozialdemokratie, u. a. des Genossen Sollmann im Reichskabinett, der aber nur von demokratischer Seite restlos unterstützt wurde. Einzelne Zentrumsminister, z. B. Dr. Brauns, schwankten, ebenso Dr. Stresemann. Wir haben zwar damals geglaubt, daß Dr. Stresemann auf Sollmanns Seite in dieser Frage trat, aber der volksparteiliche rheinische Abgeordnete Dr. Moldenhauer hat kürzlich erklärt, auch Stresemann hätte zu den Verfassungspolitikern gehört. Er muß es ja wissen, und bei dem bekannten Nachempfindungsvermögen Herrn Stresemanns wäre es gar nicht verwunderlich, wenn er sich gegenüber Sollmann als Gegner der Verfassungstheorie und gegenüber Moldenhauer als ihr Anhänger gefühlt hätte. Es ist jedenfalls bezeichnend, daß er nach der Ausschiffung der sozialdemokratischen Minister gerade Herrn Farres, also den Hauptbegründer der Verfassungspläne, als Vizekanzler in sein Kabinett nahm.

Die „Königliche Zeitung“ umschreibt den objektiven vorkrieglichen Plan, das besetzte Gebiet seinem Schicksal, d. h. in diesem Fall dem französischen Imperalismus auszuliefern, als die „internationale Lösung“. Der Witz ist gut. Die internationale Sozialdemokratie ist jedenfalls stolz darauf, diese Sorte von „internationalen Lösungen“ verhindert zu haben, die gerade von den „nationalen“ Kreisen, insbesondere von der gesamten Rechtspresse empfohlen wurde. Die internationale Sozialdemokratie hat damit den deutschen Westen gerettet, den die „nationalen“ Parteien preisgeben wollten. Wie überhaupt alles, was die „Vaterländischen“ im letzten Jahre auf dem Gebiet der Außenpolitik empfohlen haben, sich dadurch kennzeichnet, daß es geradeswegs zum Verlust der besetzten Gebiete geführt hätte, während die von der Sozialdemokratie empfohlene und durchgeführte Politik die Befreiung dieser Gebiete bezweckte und zum Teil bereits erreicht hat.

Nun versucht die „Königliche Zeitung“, in ihrem Bestreben, die damaligen Tatsachen zu vertuschen, die Dinge so hinzustellen, als hätten die Befürworter der Verfassungspolitik lediglich an eine vorübergehende Lockerung des Reichsgefüges gedacht. Es soll der Eindruck erweckt werden, als sollte in deren Augen die Trennung vom Reich von kurzer Dauer sein.

Dieser Schwindel läßt sich aber mit einer einzigen Tatsache glatt widerlegen, und zwar mit einer Äußerung des damaligen Oberbürgermeisters und jetzigen Wirfanlers selber. Es nämlich in den kritischen Tagen Herr Farres in einem Ausschuß des Reichstages seine Ideen entwickelt hatte, wurde ihm von sozialdemokratischer Seite entgegnet, daß die Verfassung den Verlust von Rhein und Ruhr bedeute.

Darauf erwiderte Herr Jarres:

„Jawohl! Wir verlieren dadurch in der Tat Rhein und Ruhr. Aber wir werden sie uns in zehn Jahren mit Waffengewalt wieder holen!“

Und dieser Haxardeur ist als Vertrauensmann der Deutschen Volkspartei in das Reichskabinett geschickt worden. Und da wagen es völksparteiliche Blätter, den Linksparteien Mangel an Nationalgefühl vorzuwerfen, während Männer aus ihrem eigenen Lager noch vor Jahresfrist mit Ideen spielten, deren Verwirklichung zum Zusammenbruch des Vaterlandes unverzüglich geführt hätte!

Neben Herrn Jarres war der Hauptbegründer der Besetzung des besetzten Gebietes der Reichsfinanzminister Dr. Luther. Dr. Luther bestreitet zwar, daß er als Volksparteiler der Reichsregierung angehört, aber er ist jedenfalls als deren Vertrauensmann in das Kabinett genommen worden und er hat sich stets als ein eifriger Verfechter der Bürgerblock-idee betätigt, wenigstens hinter den Kulissen.

Es war Dr. Luther, der, als der erste Besetzungsvorstoß bereits unternommen, einen neuen Vorstoß in dieser Richtung unternahm, und zwar nach dem Ausscheiden der Sozialdemokraten aus der Regierung Sirefemann. Auf Betreiben der Rentenbankleitung machte er Mitte November dagegen Stimmung, daß eine verhältnismäßig geringe Rentenmarsumme für die Erwerbslosenbeziehung ins Ruhrgebiet geschickt wurde, obwohl alle Anzeichen dafür sprachen, daß es sich um die letzte Ausgabe dieser Art handeln würde, da die Verhandlungen mit den Besatzungsbehörden vor dem Abschluß standen. Erst nachdem die Sozialdemokratische Partei und die freien Gewerkschaften in energischen Rundgebungen gegen diesen Plan protestiert hatten, erklärte das Reichskabinett, daß es die Mittel hierzu doch aufbringen würde.

Justizrat Falk hat in seinem Aufsatz, wie bereits in seinen Ausführungen bei der Demokraten-Rundgebung im Berliner Sportpalast, betont, es liege ihm fern, die vaterländischen Motive der Besatzungspolitik anzuzweifeln. Auch wir stehen nicht an, zu bestätigen, daß die finanzielle Lage des Reiches damals so verzweifelt war, daß man auf den Gedanken der Besetzung kommen konnte, ohne bewußt Landesverrat zu treiben, sondern sogar in dem Irrglauben, damit Deutschland zu dienen. Das gilt aber keineswegs für alle: Bei gewissen Schwerindustriellen des Westens, die in diesen kritischen Stunden mit General Degoutte über die Abschaffung des Achtstundentages und ähnliches verhandelten, dürften nach Profitinteressen und sozialreaktionäre Ziele in ihrer Stellungnahme keine geringe Rolle gespielt haben. Und wenn gerade deutsche nationale großagrarische Blätter sich am eifrigsten für die „vorübergehende“ Preisgabe des Rheinlandes und des Ruhrgebietes einsetzten, so muß man zu dem Schluß kommen, daß auch hier das bewußte ostelbische Interesse an der Schaffung eines verkleinerten agrarisch-reaktionären Norddeutschlands den Gedanken dieses Verlustes beherrschte hat.

Man erinnert sich in diesem Zusammenhang an den Ausspruch Hergts am 13. März 1920 beim Ausbruch des Rapp-Buiches, als er sich dem Genossen Heilmann gegenüber weigerte, sich von den Kappisten loszusagen, und dies trotz des Hinweises auf die drohende Verirrummerung der Reichseinheit durch die sichere Vorrückung Süd- und Westdeutschlands. Damals erwiderte Hergt:

„Was gewinnen wir durch diesen Verrat? Und ein kräftiger Offizier ist für die fernere deutsche Zukunft vielleicht wertvoller als dieses Deutschland, das ja doch zugrunde geht.“

Der Gedanke an den „kräftigen“ (natürlich monarchistisch-agrarischen) „Offizier“ dürfte wohl erneut in dem Gehirne jener „nationaler“ Herrschaften gespielt haben, die vor Jahresfrist Rhein und Ruhr auf zehn Jahre preisgeben wollten.

Nun, wo dieses Unheil vor allem durch die Arbeiterchaft verhütet werden konnte, die Reichseinheit gerettet wurde und

das Ruhrgebiet wieder allmählich und sicher befreit wird, da kann es diesen selben Leuten nicht schnell genug gehen. Jeder Zwischenfall im besetzten Gebiet ist ihnen ein Vorwand, gegen die Erfüllungspolitik des Dawes-Entschens zu hetzen. Herr Hergt, der vom kleinen „kräftigen Offizier“ träumte, soll der künftige Kanzler des nationalen Bürgerblocks werden und es sollen diejenigen über das von uns gereinigte Deutschland herrschen, die vor Jahresfrist bereit waren, Deutschland preiszugeben!

Diesen dreisten Plänen wird das Volk die gebührende Antwort erteilen — am 7. Dezember!

Das Ende der Regie.

Alle Bahnen in deutscher Verwaltung.

Nämlich wird gemeldet:

Die Uebergabe der Regiebahnen an die Deutsche Reichsbahngesellschaft ist in der Nacht vom 15. zum 16. dieses Monats in allen Bezirken reibungslos erfolgt. Auch im Bezirk Teiler gelangte die Strecke Teiler—Hermsdorf, die bisher von den französischen Besatzungstruppen als Übungsstrecke in Anspruch genommen wurde, zur Uebergabe. Es ist nunmehr möglich, nach allen Stationen der Deutschen Reichsbahn zu verkehren und Fahrkarten zu lösen. Die Bezahlung der Fahrkarten und der Frachten erfolgt überall in deutscher Mark.

Bochum, 17. November. (Eigener Drahtbericht.) Die Uebergabe der Regiebahnen an die Deutsche Reichsbahn hat sich im Ruhrgebiet überall glatt vollzogen. Der Verkehr hat keine Unterbrechung erfahren. Bismarck die Bevölkerung und die Eisenbahner des besetzten Gebietes aus leicht verständlichen Gründen jede öffentliche Rundgebung ihrer Freude unterließen, so ist ihre Genugtuung über die Befreiung des Reichsbahnnetzes noch größer als bei den früheren Abschnitten der wirtschaftlichen Räumung. Soweit es der Fahrplan der Regie gestattete, der noch bis zum 1. Dezember beibehalten wird, sind bereits am Sonntag einige Güterzüge auf große Entfernungen, so zwischen Köln und Berlin, eingelegt worden. Auch die Wäldzüge fahren wieder wie vor der Ruhrbesetzung. Mit der Durchführung des neuen deutschen Fahrplans am 1. Dezember werden die Verkehrsverhältnisse wiederhergestellt, wie sie vor dem Einmarsch der französisch-belgischen Truppen bestanden haben. Die Züge aus der Richtung Schwerin, die bisher nur bis Hörde fuhren und von dort nach Dortmund-Süd umgeleitet werden mußten, fahren jetzt wieder unmittelbar nach Dortmund-Hauptbahnhof. Der Fahrplan auf der Strecke Dortmund—Gülden—Gülden ist schon am Montag verbessert. Auf den großen Bahnhöfen sind bereits wieder durchgehende Fahrkarten für alle deutschen Strecken zu haben. Die früheren Vächter der Bahnhofsverwaltungen sind wieder in ihre alten Verträge eingetragene und pflichtgemäß eingesetzt und nahmen fast durchweg zusammen mit dem deutschen Eisenbahnpersonal ihre Tätigkeit wieder auf. Die meisten französischen und belgischen Reklameeinrichtungen auf den einzelnen Bahnhöfen waren am Montag bereits verschunden. Die Gebäude der Eisenbahnstationen in Essen und die beiden Verkehrsämter in Essen sind von den französischen Beamten verlassen bis auf einige wenige, die die Geschäfte der Regie abwickeln. Auf den Bahnhöfen bleiben zunächst neben den deutschen Bahnhofsbeamten noch die mit französischen Bahnhofs-kommandanturen der Besetzung versehen. Die Leitung der Reichsbahndirektion Essen die nach der Räumung Dortmunds von Hamann nach Dortmund überföhrte, wird bald nach Essen zurückkehren. Das Wagenamt hat bereits seine Tätigkeit in Direktionsgebäude aufgenommen. Die fähigsten Eisenbahner, die das Werkstätten der Regie und der Regie mit ihren vielen Beamten für das besetzte Gebiet bringt, wird sich auch auf dem Gebiete des Wohnungswesens zeigen. Zahlreiche für das französisch-belgische Personal beschlossene Wohnungen sind freigegeben und viele deutsche Familien verlieren ihre ausländischen Zwangs-mieter. — Ein Erfolg des „Zweiten Versailles“.

Mit der Uebergabe der Regiebahnen an die deutsche Verwaltung der Reichsbahngesellschaft ist ein weiterer wichtiger Schritt zur Durchführung der in London beschlossenen Abmachungen erfolgt. Damit verfügt die Deutsche Reichsbahn

wieder uneingeschränkt über alle Bahnlinien. Der wichtigste und wirtschaftlich rentabelste Teil des deutschen Bahnnetzes wird damit in den Gesamtbetrieb wieder einbezogen, die Wirtschaftshoheit Deutschlands ist dadurch wieder vollständig hergestellt. Die Uebergabe der Regiebahnen an die deutsche Verwaltung muß in kurzer Zeit die Wirtschaftlichkeit des deutschen Bahnnetzes wesentlich erhöhen. Damit wird auch die Möglichkeit geschaffen, eine weitere Senkung der Frachttarife in absehbarer Zeit vorzunehmen. Der Abbau des von Poincaré durchgeführten Regiebestandes ist ebenso wie die Befreiung Dortmunds ein Erfolg der Erfüllungspolitik und der Annahme der Dawes-Belege durch den Reichstag. Im besetzten Gebiet wird diese Entwicklung bei den Reichstagswahlen zweifellos eine heilsame Wirkung ausüben. Nur ein konsequentes Weitergehen auf dem einmal beschrittenen Wege kann die Befreiung weiteren besetzten Gebietes bringen, kann überhaupt Deutschland von dem Druck befreien, der seit den Tagen des Ruhrkampfes so zerstörend auf unser Wirtschaftsleben gewirkt hat.

Die endgültige Räumung.

Bochum, 17. November. (Eigener Drahtbericht.) Die Entscheidung über die Räumung der nördlichen Zone des abbesetzten Gebietes und im Zusammenhang damit auch die endgültige Räumung des Ruhrgebietes wird, wie hier verlautet, voraussichtlich im Dezember, kurz nach den deutschen Reichstagswahlen, auf einer Konferenz der alliierten Ministerpräsidenten fallen.

Bayern und die Landbundbank.

Ein unglückliches Experiment.

Mit Hochdruck arbeiten vornehmlich die hinter dem Reichslandbund stehenden agrarischen Kreise daran, die Erbschaft der Rentenbank anzutreten und mit Hilfe ihrer Ueberbüsse ein monopolartiges Kreditinstitut zu gründen, das die deutsche Landwirtschaft, insbesondere die Bauern und die Kleinlandwirte unter die wirtschaftliche Oberhoheit der reaktionären agrarischen Organisationen bringen soll. Gegen diesen Plan haben die Regierungen der Länder ebenso wie die bäuerlichen Genossenschaften Einspruch erhoben. Das hält den Reichslandbund und mit ihm das Reichsernährungsministerium nicht ab, den Gedanken weiter zu propagieren. Man entsandte nach Bayern den Präsidenten der deutschen Rentenbank Dr. Benz und den Staatssekretär im Ernährungsministerium Hageborn, um die bayrischen Gründe gegen den Plan zu entkräften. Bayern weigert sich, das landwirtschaftliche Kreditwesen in Berlin zentralisieren zu lassen und steht auf dem richtigen Standpunkt, daß der Hypothekarkredit der Landwirtschaft besser durch die Hypothekbank als durch eine Zentralbank versehen werden kann. Nach langen Verhandlungen hat nun der bayrische Ministerrat beschlossen, dem Projekt nur unter der Voraussetzung zuzustimmen, daß die Rentenbank-Kreditanstalt nur Personalkredite geben darf, während die für die Hypotheken bereitgestellten Gelder nach einem bestimmten Schlüssel auf die Länder verteilt werden sollen.

Dieser Einspruch ist von großer Wichtigkeit. Soll nämlich die Rentenbank-Kreditanstalt lediglich Personalkredite ausgeben, so verliert sie jeden Zweck. Die Personalkredite der Landwirtschaft werden heute in musterhafter Weise durch die landwirtschaftlichen Genossenschaften verwaltet. Die Schaffung eines neuen Institutes für den gleichen Zweck kann also nur den Sinn haben, dem genossenschaftlichen Spitzenunternehmen, der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse, ein großagrarisch eingestelltes Unternehmen als Konkurrenz entgegenzustellen. Die Klein- und Mittelbauern dürfen dazu die Beiträge zahlen, während der Reichslandbund nach seinen politischen Intentionen die Kredite verteilt. Daß er dabei früher recht unrationell verfahren hat, geht daraus hervor, daß die Rentenbank vor einigen Monaten von einem Betrage von 60 Millionen Mark, der der Landwirtschaft zur Verfügung gestellt werden sollte, nicht weniger als

„In einer Privatsache“.

Von Lotte Zieselsch.

Der gekrümmte Finger Herrn Krügers klopfte bescheiden an die Tür des Privatsekretärs.

„Herein!“ rief der Kommerzienrat und hebt das Gesicht mit dem schwer bestimmbarsten Ausdruck von dem Jahresbericht, der vor ihm auf dem Schreibtische liegt. „Was gibt es, Krüger?“

Der Eingetretene spricht mit leiser, demütiger Stimme. „... eine Privatangelegenheit? Ra also, schicken Sie los! Über in fünf Minuten muß ich in die Sitzung.“

Herr Krüger scheint ins weichenlose zusammenzuschrumpfen. „... was sagen Sie — ? Urlaub? Krankheitsurlaub? Jetzt, wo wir mitten in der Arbeit sind?“

„Die großen Aufträge für die Saison sind abgeschlossen. Insofern wäre der Zeitpunkt ganz günstig“, murmelt der abgearbeitete aufsehende Mensch. „Außerdem ist Herr Hammemann orientiert und könnte mich vertreten.“

Der Kommerzienrat dreht geärgert seinen Rollstuhl hin und her. „Ich bin sehr herunter, und der Arzt sagt“ ...

Der Kommerzienrat winkt ab.

„Papperlapapp! Die Ärzte sagen vieles! Aber Sie sollen meine wegen Ihren Urlaub haben — mehr als zehn — na, sagen wir zwölf Tage kann ich Ihnen oder nicht bewilligen“ ...

„Herr Kommerzienrat, der Arzt verlangt aber“ ...

„Und nun lassen Sie mich mit Ihrem Arzt zufrieden, lieber Krüger. Glauben Sie mir, wenn ich alles tun wollte, was mir die Ärzte sagen, ich wäre längst ein toter Mann“, sagt der Kommerzienrat jovial.

„Schicken Sie mir Herrn Hammemann rüber.“ Er nickt entschlossen.

Herr Krüger verneigt sich flüchtig und geht.

Einige Stunden sind vergangen. Ein Angestellter überbringt dem Kommerzienrat eine Karte.

„In einer Privatsache“ sollte ich bestellen.“ Der Kommerzienrat studiert die Visitenkarte des bekannten Pressevertreters mit hochgezogenen Brauen.

„Ich lasse bitten.“ Und er springt auf, als der kleine bewegliche Herr das Zimmer betritt.

„Mein hochverehrter Herr Kommerzienrat — außerordentlich liebenswürdig von Ihnen, mich zu empfangen — weiß ja, wie sehr in Anspruch genommen — nur auf zwei Minuten.“

„Bitte Sie, Herr Doktor, ich stehe jederzeit gern zu Ihrer Verfügung. — Was verschafft mir das Vergnügen Ihres heutigen Besuches?“ Der Doktor nickt sich verbindlich vor. „Also — nämlich — vor einiger Zeit hatte ich mir bereits erlaubt, Ihnen, Herr Kommerzienrat, die Fiktur einzuschicken — es handelt sich um die Gründung eines Erholungsheims für Unbemittelte.“

„Richtig, ich erinnere mich“, nickt der Kommerzienrat, der sich an gar nichts erinnert.

„Inzwischen hat sich ein Gründungskomitee gebildet — und wir sind dabei, die Sache zu finanzieren — Sie wissen ja selbst, wie schwierig dies Unternehmen sich in den jetzigen undurchsichtigen Zeiten gestaltet — hm —“

„Und Sie wünschen meine Beteiligung“, sagt der Kommerzienrat mit unbedürftiger Miene.

„Hm — jawohl — ich habe mir nämlich gedacht — daß es einen hervorragenden Eindruck machen — auch zur Nachahmung anspornen würde — wenn Ihr in unseren Kreisen bestens geschätzter Name, Herr Kommerzienrat, — der kleine Herr verbaugt sich — als einer der ersten auf unserer Liste figurieren würde — ist dieser Name uns doch längst rühmlichst bekannt als der des großen Wohltäters und Reichensfreundes — an dessen Tür niemand vergeblich zu pochen braucht.“

Das Gesicht des Kommerzienrats wird immer undurchdringlicher. Er greift wie absichtslos nach der Liste, die der Doktor vor ihm hingelegt hat. Mit einem raschen Blick streift er das Papier und sieht, daß zwei der ersten Bankmagnaten erkleckliche Summen gezeichnet haben — nur zwei — er ist der Dritte — es ist entschieden eine Ehre, daß man bereits an dritter Stelle seinen Namen zu setzen wünscht — außerdem wird die Listefache, daß er in gleicher Höhe zeichnet, nicht nur einen guten moralischen Eindruck machen, sondern auch geeignet sein, seine Finanzlage vorteilhaft zu beleuchten. Was immerhin nichts Schaden kann.

Der Kommerzienrat zeichnet mit roter Feder die gleiche Summe wie seine beiden Vorgänger. Man dürfte hier nicht kleinlich sein. Nachhals mußten eben die Angestellten mit der Zulage warten.

„Ich danke Ihnen, Herr Doktor“, sagt er würdevoll. „Ich danke Ihnen, daß man mein stets waches Interesse an den Bestrebungen auf so gutem Gebiet berücksichtigt hat.“ Und er drückt dem Kleinen die Hand.

„Sie verpflichten uns wirklich, Herr Kommerzienrat.“ Der Doktor nimmt Hut und Stock und als letztes die Biste an sich und verläßt das Zimmer.

Mit unbestimmbarem Gesichtsausdruck sieht der Kommerzienrat ihm nach.

Der vierte Bezirk des Berliner Ganges vom Deutschen Arbeiter-Länderbund konzentrierte im großen Saal des Kriegervereinshauses. Ein Bild, das so mancherlei Gedanken aufstehen läßt: die große Mitteltempore, in deren Brüstung Schlachtnamen eingelassen sind, die Fahnen und Embleme. Klänge erschallen, die einer Kulturbewegung erwachen, die Wege des Friedens gehen wollen, da wo man Wege der Gewalt nur fand, Klänge, deren letzter Ursprung weltanschaulicher und künstlerischer Idealismus sind. Der Bezirk hat eine Reihe ständiger Chöre. Diese vereinigen sich am Anfang und zum Schluß zu je einer gemeinsamen Darbietung: Uhlmanns „Du ferne Land“ und Rauns „Rebensied“ erklangen unter

J. G. Rohrbachs Leitung. Eine noch zahlreichere und intensivere Beteiligung aller Sängler des Bezirks wäre erwünscht gewesen. Hier ist Ort und Zeit, wo das Lied zu machtvoller Rundgebung werden kann. Von den Einzelchören kann zuerst Einigkeit-Mitte unter Leitung des Herrn Caro. Ich habe bei Dirigenten nun bereits zum wiederholten Male gehört und halte wieder den Eindruck, daß er sich mit Vorliebe einem Diegenicht gleich dem Chöre anhängt. Selb. „Heinrich Frauenlob“ von Gode war das nur eben noch Maßlose an Pan-Flügel und schleppender Schwere. Viel musikalisch durchführte Bestimmung bei der Gemischte Chor Norden unter Kurt Stod. Sinn für charakteristische Sprachbehandlung, für Stil und Möglichkeiten des Chores an sich sind ein starkes Kennzeichen dieser Arbeit. Nur hat der Chormeister eine gefährliche Neigung, alles den Einzelheiten zu liebe gestrichen zu lassen. Eine straffere Zusammenfassung erscheint darum, besonders auch mit Rücksicht auf einen solchen Raum, und hier noch in Hinblick auf die sowieso schon delicate Empfindlichkeit dieser romantischen Schumann-Sachen geboten. Jedenfalls war das aber ein Musikieren, dem man gern und mit wachem Genuß zuhören konnte. Der Uhlmann-Chor sang, wie auch neulich in der Philharmonie sicher und lebendig von J. G. Rohrbach geführt. Stubbles „Strom des Lebens“ und Thulles wunderliches „Rachtigall“. Daß J. Horenstein mit dem Schubert-Chor durch Bachners „Allmacht“ und der neapolitanischen Villanelle „Wenn wir hinausziehen“ wieder starken Eindruck machte, war vorauszuhaben. Er hatte schon in der Ueberauswohl die Art des Raumes getügend berücksichtigt. Armin Liebermann. Erik Hoppe und Karl Benzowski spielten ein Beethoven'sches Trio für den ersten Geigen eine wahre Studie im Daumenauflage. Armin Liebermann brachte weiterhin Kompositionen für ein Cello, mit seinen beiden Partnern und Frau-lein Elly Brandenburg ein Requiem von Popper. Es war ein atemberaubend und reicher Abend, der ein vorzügliches Bild rein chorpensanglichen Strebens des 4. Bezirks gab. E. G.

„Gewalt“ von Ernst Eckener. Der gefährliche Titel könnte den Argwohn erwecken, als ob der Dichter des Hahngelangs gegen Eckener wieder das Schwert gezückt hätte. Aber dem ist ersatzlos zu widersprechen nicht so. Er hat nur eine Komödie geschrieben. In dieser macht er uns, einem dringenden Bedürfnis zufolge, mit dem alten Deffour bekannt, als Hochzeitspaar noch jung und schön war und eine Liebesheirat mit einer Apothekerstochter abschloß. Die junge Heirat bewirkt sich dabei ganz nach dem Corporal-System, behandelt uns als Rekruten, verprügelt die Schwatzen, schießt einen vermeintlichen Rekruten ab und umstellt das Haus der Geliebten mit Wachen. Doch eine Grenze hat die Hausstrammenmacht. Der Prinz muß dem Mädchen, das er zur verlobten Herzogin machen will, das Opfer seiner Persönlichkeit bringen und um sie zu gewinnen, wird er fast wie ein Mann. Der Schiller'sche Komparatio-Tupfer, wer sich leicht bezwingen, hat wiederum ein Wunder getan. Außerdem ist, was die stürzliche Atmosphäre anbelangt, das sehr lebendige Hindespiel zwischen Alt-Heidelberg und Robote und Biese hergestellt. Aber der Fürstengang soll, nach Angabe des Verfassers, ohne Bedeutung sein. Also bleibt nur eine mit gutem Willen möglich gemachte Unterhaltung für harmlose Leute übrig, die dem Stück bei seiner Uraufführung im „Neuen Theater“ in Frankfurt a. M. denn auch Beifall spendeten. Gott strafe Dillauer. H. v. J.

30 Millionen Mark ausgerechnet den großen D-Banken übergeben hat. Diese Praktik hat bei den Bauern berechtigten Protest hervorgerufen.

Der Streit um die Gestaltung der Rentenbank-Kreditanstalt beweist von neuem, wie wenig durchgearbeitet das Projekt noch ist, dessen Durchführung man am liebsten von der Reichsregierung auf dem Wege der Rotterordnung erlangen möchte. Nicht nur bei Bayern, auch bei anderen Länderregierungen bestehen dagegen die schwersten Bedenken. Deshalb ist jede überhäufte Regelung auf das entschiedenste zurückzuweisen. Die Bemühungen des Reichslandbundes sind durchaus verständlich, weil er von der Gründung einer Kreditanstalt nach seinen Vorschlägen ein politisches und wirtschaftliches Machtmittel von größter Kraft in die Hand bekommen würde, aber befürchten muß, daß ihm die Wahlen einen Stich durch die Rechnung machen. Die Reichsregierung ist unseres Erachtens keineswegs berechtigt, einen Schritt von solcher Tragweite durch eine Rotterordnung vorzunehmen, zumal immer deutlicher hervortritt, daß das geplante Institut gar nicht in der Lage ist, wesentliche neue Kredite für die Landwirtschaft zu erschließen, ohne damit den bereits bestehenden Banken und Genossenschaften Mittel zu entziehen.

Der „ungekrönte König von Preußen“.

v. Heydebrand und der Lasa gestorben.

Auf seinem schlesischen Gute Klein-Tschunkawe im Kreise Trebnitz ist am Sonnabend der „ungekrönte König von Preußen“, der Führer der Alt-Konservativen, von Heydebrand und der Lasa im Alter von 73 Jahren gestorben. Ein Stück deutscher Geschichte, wenn auch nicht gerade rühmlicher, sinkt mit ihm ins Grab. Fast klingt der Name des einst so einflußreichen Mannes heute wie aus einer längst verschollenen Welt. So schnell hat er sich selbst und seine Zeit überlebt.

Freilich als sein Ruhm im Zenith stand, da zitterte die ganze preußische Verwaltungsmaschinerie einschließlich des „königlichen Staatsministeriums“ vor dem Stürzen dieses Mannes, der im preußischen Dreiklassenhaufe wie im Reichstage die konservative Fraktion führte. Gewichtigter als alle Reichstags- und Ministerreden war das Wort des kleinen Junkers aus Schlesien, der wie alle seine Genossen „monarchisch bis auf die Knochen“ war, aber nur so lange, als der gekrönte Psychopath der Lunterlasse zu Willen blieb. Der Mittelstand, für den sich Wilhelm II. mit seiner ganzen „königlichen Autorität“ eingesetzt hatte, wurde von den Konservativen des Dreiklassenhauses unter Heydebrands Führung abgelehnt. Und mochte der angestammte Vandesopater auch noch so sehr versichern: „Gebaut wird er doch!“, so hielten es die Heydebrand-Deute mit ihrem Bobbielst, der in seiner gebildeten Sprache erklärte: „Ich werde mir doch nicht mit dem Laska kanak vor den Bauch stoßen lassen.“ Und als Wilhelm II. sich gegen Ende des Krieges — als jeder den Zusammenbruch nahen fühlte, — in Preußen das gleiche Wahlrecht forderte, um das Volk günstiger zu stimmen, da war es wieder Heydebrand, der Monarchist, der im Dreiklassenhaufe namens seiner Fraktion ausführte, der „Wunsch der Krone“ finde zwar bei ihr immer besondere Beachtung, aber dieser Wunsch habe sich so oft geändert, daß er jetzt keine Berücksichtigung finden könne, denn für eine „verständige Wahrnehmung der öffentlichen Angelegenheiten“ „erscheint uns ein gleiches Wahlrecht nicht als eine geeignete Grundlage.“ Fertig! Die Konservativen ließen die Vorlage trotz aller Mühen der von ihrem König beauftragten Minister nicht passieren. Das Dreiklassen-Vorrecht war ihnen wichtiger selbst als Königstreue!

Heydebrand war klein von Figur, aber politisch doch von ganz anderem Maß als seine Nachbeter bei den Deutschnationalen. Wenn er im Reichstag oder Landtag das Wort ergriff — er sprach stets ohne jedes Konzept —, so hatte seine knappe und präzise Art zu sprechen, stets das Ohr des Hauses. Er sprach nicht oft, aber er hatte etwas zu sagen, wenn er

Arbeitspausen, die die Leistung erhöhen. Ueber die Frage, ob und wann während der Arbeit Ruhepausen gemacht werden sollen, ist schon viel geschrieben worden. Neues beachtenswertes Material ist durch Untersuchungen des „Industrial Fatigue Research Board“ beigebracht worden, über das in der „Limes“ berichtet wird. Durch Versuche im Laboratorium und in den Werkstätten ließ sich feststellen, daß der Arbeitsertrag um 5 bis 10 Proz. gesteigert werden kann, wenn die einformige Arbeit durch richtig gelegte und gemessene Ruhepausen unterbrochen wird. Diese Wirkung der Pausen zeigte sich am deutlichsten bei ungebildeten Arbeitern. Sie tritt nicht sofort in die Erscheinung, sondern macht sich erst nach einigen Monaten geltend. Zu berücksichtigen sind dabei das Alter der Arbeiter, der Zeitraum, seitdem die Arbeit ausgeführt wird, die Beleuchtung des Arbeitsraumes u. a. Die Veränderungen sind bei Frauen und Kindern deutlicher als bei Männern. So wurde z. B. die Morgenarbeit von 17 Frauen, die mit E-Maschinen beschäftigt waren, durch eine Pause von 10 Minuten unterbrochen. Es ergab sich nach 2 1/2 Monaten eine Produktionssteigerung um 13 Proz., obgleich die tägliche Arbeitszeit um 2 Proz. verkürzt worden war. Durch Einschleiden der gleichen Ruhepause wurde die Leistung von 6 Frauen, die Pappkartons herstellten, um 5 Proz. erhöht. Bei 7 Arbeiterinnen, die die Gläser von Fahrradketten zusammensetzten, wurde schließlich eine Pause von 5 Minuten eingelegt. Nach 6 Monaten betrug ihre Leistung 13 Proz. mehr, obgleich die Arbeitszeit um 7 Proz. verkürzt war. Es ergab sich ferner bei den Untersuchungen, daß für jeden Einzelfall der richtige Zeitpunkt und die Dauer besonders bestimmt werden muß, um durch Pausen Höchstleistungen zu erzielen. Auch muß stets darauf geachtet werden, womit die Pause am besten verbracht wird. Ein allgemeines Gesetz für die verschiedenen Industriezweige läßt sich nicht angeben.

Schokolade als Theaterbillet. Auf ein eigenartiges Mittel, dem Eaux-de-Cologne ein Schnippchen zu schlagen, ist die Zeitung des Londoner Shaftesbury-Theaters verfallen. Die Besucher brauchen in Zukunft keine Billets mehr lösen; der Einlaß erfolgt gegen Vorzeigung einer Tafel Schokolade bei den Türhütern. Der Preis dieser Tafel schwankt je nach der Größe des Platzes, auf den eine Unmarischkeit erhoben wird, zwischen 1 und 10 Schilling. Die Theaterdirektion hofft, auf diese Art der Verpflichtung einheben zu sein. Vergünstigungen zu zahlen. Es ist kaum anzunehmen, daß die Steuerbehörde diesen Geniefern ohne Widerspruch hinnehmen wird. Immerhin könnte man dieses Mittel den neidenden deutschen Theaterdirektionen empfehlen, die vielleicht auf diese Weise den Zustrom der Schaulustigen in ihre Unternehmungen lenken könnten.

Die Volkspartei spielt weiter. Nachdem gestern der Konkurs über die Volkspartei verhängt worden war, behielt das Personal einmütig, weiter zu spielen. Die Verkündung des Konkurses hat auf den finanziellen Bereich keine Einwirkung. Die Vorlesungen gehen ohne Unterbrechung in der bisherigen Weise weiter. Alle die literarische Leistung ist ein beförderer Ausblick eingeleitet, dem Leo Bloch, Prof. Krimm und Kapellmeister Zweig angehören.

Wundwunden-Kochtopf. Nach einer Meldung aus New York sind dem Senator Kammern 100 000 Dollar zur Auslieferung des Kochtopfes zur Verfügung gestellt worden. Dieser soll im Juni von Spitzbergen aus unternommen werden.

auftrat. Eine Zappel-Ergelanz war er beiseite nicht. Er war geradezu brutal offen in der Darlegung seiner politischen Auffassungen. Mehr als einmal hat er es als Aufgabe seiner Partei erklärt, sich „schüßend vor das Portemonnaie der Besitzenden stellen“ zu müssen, ein Geländnis, das verdienstmäßig zum geflügelten Worte wurde.

Unvergessen bleibt jene Szene im Reichstage Anfang November 1911, als Heydebrand unter dem demonstrativen Beifall des damaligen in der Hofloge sitzenden Kronprinzen und dessen Bruder August Wilhelm die angeblich englandfreundliche Politik Bethmann Hollwegs aufs schärfste angriff. Damals geriet der sonst so sanftmütige Bethmann aus dem Häuschen und er schleuderte dem „ungekrönten König“ Worte der Entrüstung ins Gesicht, wie es noch kein Minister vor ihm je gewagt hatte:

„Ich muß es bedauern, daß in diesem Hause über unsere Beziehungen zu einem fremden Staate, mit dem wir in normalen Beziehungen stehen, in dem Tone gesprochen worden ist, der vielleicht in Wahlversammlungen möglich (Sehr gut! links), der aber in einem seiner Verantwortung bewußten Parlament nicht üblich ist. (Beifall links.) Wenn ich im Bewußtsein meiner Verantwortung abgewogene Worte über die Reden fremder Staatsmänner spreche, so kann und soll dies zu einer Klärung unserer internationalen Beziehungen führen. Leidenschaftliche und alles Maß übersteigende Worte, wie die des Herrn von Heydebrand (Sehr richtig! links. — Hört! hört!) mögen Parteimitglieder dienen, das Deutsche Reich schädigen sie. (Lebhafter Beifall und Hört! hört! links und bei den Sozialdemokraten.) Ich würde es bedauern, wenn sich in diesem hohen Hause die Sitten einbürgern sollte, über unsere auswärtigen Beziehungen in diesem Tone zu sprechen. Der Starke braucht sein Schwert nicht im Munde zu führen.“ (Lebhaftes Bravo.)

Dies treffende Wort vom „Schwert im Munde“ haben Heydebrand und die konservative Partei dem Kanzler auch im Weltkrieg nie vergessen. Sie haben ihm das Leben durch offene Angriffe und heimliche Intrigen mehr als schwer gemacht. Und Heydebrand hat als Anzionist reinsten Wassers durch Ausstufung immer weiterer Kriegsziele sehr wesentlich dazu beigetragen, die Spannung zwischen der offiziellen deutschen Politik und den Forderungen der „Ungekrönten“ weiter und weiter zu machen.

Bis der Zusammenbruch kam. Er brachte auch den Zusammenbruch Heydebrands. Im Reichstagsauschuß brach er, als er die ganze Wahrheit erfuhr, in Tränen aus und erklärte: „Wir sind allesamt belogen und betrogen worden.“ Das war sein letztes Wort über die Kriegs- und Siegesberichte. Als alles zu Ende war, ging er nach Klein-Tschunkawe, um sein Gut zu bewirtschaften.

Von der Politik zog er sich ganz zurück, und er war nicht zu bewegen, wieder eine Kandidatur zu übernehmen. Insofern hat er sich ein gutes Andenken bewahrt. Heute seines Schicksals konnten herrschen in ihrer Zeit. Die Schaum-schläger der Deutschnationalen überließ er den Westart und Hergl. Dafür war er doch im Grunde zu ernst. Und das war ein unverkennbarer Vorzug im Vergleich zu den Epigonen, die heute seine Rolle spielen möchten.

Gilbert erläutert sich.

Kein Angriff auf die Exportabgabe.

W.B. meidet: Der Generalagent für die Reparationszahlungen Barter Gilbert teilte gestern abend gegenüber Pressenachrichten offiziell mit, daß sein Schreiben vom 14. November 1924 an den Reichsfinanzminister Dr. Luther kein Angriff auf den Reparations-Recovery-Akt sei. Das Schreiben, so heißt es in der Mitteilung, spricht für sich selbst. Es ist eine Benachrichtigung der deutschen Regierung, daß der Generalagent gemäß den Bestimmungen des Dawes-Plans die volle Annuität ohne Rücksicht auf irgendwelche Recovery-Akte sammeln und der deutschen Regierung die von ihr auf Grund von Recovery-Akte bezahlten Beträge nur dann und in solchem Umfang erhalten wird, als er von dem Transfertomitee dazu ermächtigt wird. Das Transfertomitee hat am 31. Oktober dem Generalagenten die Ermächtigung erteilt, die Zahlungen bis zu einer weiteren Entscheidung durch das Komitee fortzusetzen. Die Mitteilung an die deutsche Regierung in dem Schreiben vom 14. November ist also ein Schritt, der unternommen ist, um dem Transfertomitee die ihm nach dem Dawes-Plan übertragenen Rechte zu sichern.

Diese Erklärung entspricht unseren Mitteilungen in der Sonnabend-Morgenausgabe des „Vorwärts“. Indessen ist noch ein Punkt unklar: Der Generalagent sagt, daß sein Schreiben keinen Angriff auf den Recovery-Akt bedeute. Dieser Recovery-Akt ist aber eine spezifisch englische Angelegenheit und seine Aufrechterhaltung ist vom Sachverständigenrat ausdrücklich bekräftigt worden. Die inzwischen eingeführte französische und englische Abrogationsabgabe ist aber, wie wir schon nach deutscher Auffassung, in Gutachten nicht vorgezogen. Wenn auch Gilberts Schreiben kein Angriff auf die englische Abgabe ist, so ist doch nicht daraus zu folgern, daß es eine Zustimmung zu der französischen und belgischen Maßnahme darstellt. Andererseits war es zum mindesten voreilig, darin eine Vertretung des franco-belgischen Vorgehens zu erblicken, wie es verschiedene Blätter sowohl in Berlin wie Paris und London getan haben. Jedenfalls geht aus diesen beiden Mitteilungen und Unklarheiten hervor, daß das erwähnte Schreiben doch nicht „für sich selbst spricht“. Auch die Tatsache, daß sowohl die Pariser wie auch die Londoner Presse seit Erkeinen des Briefes jeden Tag eine andere Interpretation bringen, spricht nicht gerade für seine Eindeutigkeit.

London, 17. November. (E.L.) Das britische Auswärtige Amt hat sich heute mit dem Brief Barter Gilberts beschäftigt und erklärt, daß das Schreiben lediglich eine buchhalterische Frage behandelte und die Erhebung der 20prozentigen Abgabe durch Frankreich und England nicht beeinträchtigt. Die Abgabe würde nach wie vor erhoben und ihr Ergebnis dem Reparationsgremium bekanntgegeben, der den Betrag dem Deutschen Reich zuschreibt. Gilbert wolle nur sagen, daß er für die deutsche Reparationsfrage maßgebend sei. Die verbündeten Mächte hätten sich in allen Fragen unmittelbar an ihn zu wenden. Nur er sei berechtigt, über die Rückzahlung der von den deutschen Exporteuren bezahlten Reparationsabgaben zu verfügen.

Ludo Hartmanns Bestattung.

Wien, 17. November. (Eigener Drahtbericht.) Am Montag nachmittag um 4 Uhr fand die Beisetzfeier für den verstorbenen Genossen Ludo Hartmann unter großer Beteiligung seiner Freunde statt. Es waren u. a. erschienen: der Bundespräsident Hainisch, Oberbürgermeister Seig, der Präsident des Bundesrats, Professor Hugemann, das Präsidium des sozialdemokratischen Parteivorstandes, Genosse Karl Rautsky, als Vertreter der deutschen Regierung der Gesandte Pfeiffer, der Dekan der Philosophischen Fakultät Professor Bede, als Vertreter des Republikanischen Schupbundes Braunalt. Ferner war die Akademische Legion mit roter, schwarz-umflossener Fahne in Uniform erschienen. Die Trauergäste verjamm

elten sich bei der Hofkirche für Bodenkultur und gingen dann unter Vorantritt des Bundespräsidenten Hainisch und des Bürgermeisters Seig zum Friedhof nach Döbling. Dort sprachen Professor Bede für den Volksbildungsverein, Professor Uebertberger als Dekan der Philosophischen Fakultät, Professor Hugemann als Präsident des Bundesrats, der Gesandte Pfeiffer im Auftrag der deutschen Reichsregierung, ferner Bürgermeister Seig im Namen der Sozialdemokratischen Partei, Professor Landier im Namen der sozialdemokratischen Hochschulpromotoren und Studenten. Vorher hatte ein Arbeiter-Gesangverein einen Trauerchor angestimmt. Dann wurde der Sarg emporgehoben und in die Familiengruft getragen.

Die österreichische Regierungskrise.

Seipel gibt den Auftrag zur Kabinettsbildung zurück.

Wien, 17. November. (Eigener Drahtbericht.) Die Verhandlungen des Bundeskanzlers Dr. Seipel mit den Landeshauptleuten nahmen einen sehr schwierigen Verlauf. Der Bundeskanzler hatte auch den Landeshauptleuten, die nicht Sozialdemokraten sind, mit keinem Rücktritt gebrocht. Es scheint aber, daß er bei ihnen damit nicht den erwarnten Schrecken ausgelöst hat und die Landeshauptleute entschlossen sind, es auf den Rücktritt der endgültigen Regierung ankommen zu lassen. Als künftiger Bundeskanzler wird bereits der ehemalige Staatssekretär der Justiz, der Christlichsozial-Dr. Kamek genannt.

Am Montagnachmittag stellte Dr. Seipel in einer Sitzung der Christlich-Sozialen-Fraktion die Frage, ob sie seine Stellungnahme billige oder die der Landeshauptleute. Darauf hat der Klub mit Dreiviertelmehrheit die Haltung der Landeshauptleute gebilligt. Es handelt sich dabei um folgendes: Der Bundeskanzler hat den Landeshauptleuten zugemutet, daß sie auf die Finanzhoheit der Länder zugunsten des Bundes förmlich verzichten. Dazu waren die Landeshauptleute nicht zu bewegen, da sie damit rechnen, daß in absehbarer Zeit doch eine sozialdemokratische Mehrheit im Nationalrat bestehen wird und sie die christlich-sozialen Verwaltung in den Ländern nicht den Sozialdemokraten ausliefern wollen. Nachdem der Klub sich so gegen Dr. Seipel ausgesprochen hatte, erklärte dieser, sofort einen Brief an den Präsidenten des Nationalrats richten zu wollen, worin er den Auftrag zur Kabinettsbildung zurückgibt. Dieser Brief ist tatsächlich beim Präsidenten eingetroffen. Der Klub trat später nochmals zusammen, und nun hielt der Bundeskanzler eine Abschiedsrede, in der er zugleich Dr. Kamek als seinen Nachfolger empfahl. Inwieweit Dr. Seipel selbst nach diesen letzten Vorgängen es mit seinen Erklärungen ernst meint, läßt sich vorläufig noch nicht feststellen.

Kabinettsumbildung in Ungarn.

Budapest, 17. November. (E.P.) Die Umbildung des Kabinetts wurde heute vollzogen. Zum Außenminister wurde Tibor Bzeltowski ernannt, der früher als Staatssekretär im Handelsministerium wirkte und zuletzt als Direktor der Ungarischen Allgemeinen Kreditbank tätig war. Er gilt ferner als hervorragende wirtschaftliche Autorität, die berufen sein wird, auch die Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland durchzuführen. An Stelle des auf seinen Befehl als Gesandter nach Paris zurückkehrenden Barons Boronni wurde dessen Vertreter Johann Rud zum Finanzminister ernannt. Zum Landwirtschaftsminister wurde der Präsident der Landwirtschaftspartei Johann Rayer berufen.

England und die Sowjetregierung.

Erste Warnung an Rußland.

London, 17. November. (Eigener Drahtbericht.) Am Mittwoch wird das Kabinet sich mit der Frage der russischen Propaganda beschäftigen und über die Antwort auf die Sowjetnote wegen des Sinowjew-Befehles verhandeln. Die Regierung ist entschlossen, den russischen Protest abzulehnen und darauf hinzuweisen, daß dieser Brief nur eine untergeordnete Rolle in der großen Rolle russischer Einmischungen in britische Angelegenheiten spielt. Die Antwort an Rußland wird eine sehr ernste Warnung gegen die Fortsetzung der bisherigen Propagandamethoden sein. Im übrigen wird darin ausgesprochen werden, daß Großbritannien den Wunsch habe, Rußland in guten Beziehungen zu leben und daß dies möglich sei, wenn Rußland sich in den internationalen Angelegenheiten korrekt verhalte.

Tschitscherin gegen das neue englische Kabinet.

Moskau, 16. November. (E.C.) In einer Versammlung der kommunistischen Jugendorganisation der Stadt Moskau trat unter anderem Tschitscherin als Redner auf, und richtete dabei eine Reihe auf-fallend scharfer Angriffe gegen die führenden Männer der neuen englischen Regierung. Lord Curzon, Rußlands alter Feind bei jeder Regierungsform und sein ganz spezieller Feind bei der Sowjetregierungsform, sei allerdings in einem dekorativen Ehrenamt so gut wie festgestellt worden. Aber Kusten Chamberlain als Außenminister bedeute ebenfalls einen energischen britischen Imperialisten und als solcher einen Gegner Rußlands. Churchill, den man „trotz seiner Unwirksamkeit und phantastischen Abenteuerlust“ zum Finanzminister gemacht habe, verfolge dieselbe Richtung. Von einer Regierung, zu der solche Männer gehörten, müsse eine „erglimperliche“ Politik gegenüber Rußland erwartet, ja es müsse sogar mit Einmischungsversuchen gerechnet werden.

Herriot vor dem Senatsauschuß.

Kabinettspolitische Fragen.

Paris, 17. November. (W.B.) Die Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten hat heute nachmittags in Anwesenheit des Ministerpräsidenten eine Sitzung abgehalten. Der Vorsitzende des Ausschusses erklärte dann, daß er dem Mini-erpräsidenten folgende Fragen vorgelegt habe: 1. über die Durchführung des Dawes-Plans; 2. über die Folgen der Londoner Konferenz hinsichtlich der Pfänder und Garantien Frankreichs; 3. über die Entlassung Deutschlands und die Tätigkeit der internationalen Kontrollkommission; 4. über das Protokoll von Genf und 5. über die Beziehungen Frankreichs zu England und Rußland. Diese Fragen haben im Laufe der heutigen Sitzung einige Mitglieder noch durch andere ergänzt, so u. a. über die diplomatischen Untertöne in Nordafrika und in den französischen Kolonien, über die von Deutschland ausgehenden Industrieobligationen und über eine Anzahl von diplomatischen Dokumenten, die einerseits bezug auf die französisch-englischen Beziehungen, andererseits auf den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund haben. Vor dem Ausschuss hat Ministerpräsident Herriot sich über alle diese Fragen in eingehender Weise ausgesprochen.

Selbst gerichtet.

Köln, 17. November. (Eigener Drahtbericht.) Am Montagabend wurde der sozialdemokratische Abgeordnete der Stadt Köln, Heinrich Schäfer, der seit dem 8. November vermisst wurde, als Leiche aus dem Rhein gefischt. Er hat wegen der gegen ihn schwebenden Bestechungssache Selbstmord verübt.

Gewerkschaftsbewegung

Die Hochbahn steht immer noch still!

Heute beginnt die zweite Woche des Streiks der Hoch- und Untergrundbahn. Inzwischen hat man festgestellt, daß es ein widerstreitendes Publikum, aus dessen Rücken sich der Herrenstandpunkt der Hochbahngesellschaft auslebt, wären Feststellungen nach der Richtung von größerem Interesse, wann nun endlich dem Spiel ein Ende gemacht wird.

Zwischen dem Streikbeschuß durch Abstimmung und der Ausführung dieses Beschlusses war noch Zeit, den Streikbeschuß unwirksam zu machen durch einiges Entgegenkommen. Allein die Direktion der Hochbahngesellschaft bestand auf ihrem Schein des verbindlich erklärten Schiedspruchs. Sie hat nichts dazu getan, den Streik zu verhindern und nichts dazu getan, den ausgebrochenen Streik möglichst rasch beizulegen, obgleich die Streikenden jederzeit zu Verhandlungen bereit waren. Die Scharfmacher der Hochbahngesellschaft haben sich lächerlich gemacht mit ihrer Entlassungsandrohung, sowie mit ihrem „Notverfehr“.

Ihrer absoluten Unfähigkeit, mit ihrem Personal vernünftig umzugehen, hat die Hochbahndirektion die Krone aufgesetzt, als sie durch ihren Arbeitgeberstand die Verhandlungen zur Beilegung des Streiks sabotierte, durch die mehr als naive Forderung, die Streikenden sollen sofort die Arbeit bedingungslos wieder aufnehmen, sich neu einstellen und sieben lassen, obendrein aber ihren Betriebsrat und ihre Streikleitung verraten, der Maßregelung ausliefern. Offen gestanden, an soviel Unfähigkeit glauben wir nicht bei den Herren. Sie wußten von vornherein, daß eine solche Unverschämtheit die Streikenden nur noch fester zusammenschließen muß. Hinter dieser ungläublichen Rücksichtslosigkeit gegen das Publikum steckt zweifellos eine Spekulation auf die Taschen des Publikums. Sonst könnte die Hochbahngesellschaft eine solche Personalreorganisation nicht einen Tag länger im Dienst lassen, da sie geradezu eine Gefahr für die Betriebsfähigkeit bedeutet, selbst wenn sie sich hinter den Arbeitgeberstand versteckt. Um die Komödie weiter zu spielen hat jetzt die Hochbahndirektion noch größeres „Entgegenkommen“ gezeigt als am Sonnabend. Sie hat sich nämlich bereit erklärt, ihre für sie so sehr billigen Bedingungen für die Wiederaufnahme der Arbeit fallen zu lassen und den Streikenden zugefugt, dann, wenn sie erst die Arbeit wieder aufgenommen haben, in „neue Verhandlungen über die bestehenden Meinungsverschiedenheiten einzuwilligen“. Wer will es den Streikenden verdenken, wenn sie nach dem ersten „Angebot“ auf diesen beim nicht eingehen?

Anders stände die Sache, wenn den Streikenden bestimmte Zusicherungen gemacht würden, so daß sie im Vertrauen darauf die Arbeit wieder aufnehmen könnten. Sie streiken schließlich nicht zum Zeitvertreib. Und bei aller Sympathie mit ihren Forderungen, wie ihrer Lage als Arbeitnehmer im Hochbahnbetriebe überhaupt müssen sie doch daran erinnert werden, daß die Ablehnung eines für verbindlich erklärten Schiedspruchs ihre Position erschwert. Wir sind jedoch fest davon überzeugt, daß, sobald sich die Möglichkeit der Wiederaufnahme der Arbeit bietet, die Hochbahner den Betrieb wieder in Gang bringen. Der Streik trifft weit weniger die Hochbahngesellschaft als die arbeitende Bevölkerung Berlins.

Eine gründliche Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen läßt sich nur auf dem Wege zielbewußter disziplinierter Gewerkschaftsarbeit erreichen, nicht von heute auf morgen durch einen Streik.

Der Oberbürgermeister Böhm war in voriger Woche verreist. Sein Telegramm an den Reichsarbeitsminister kann diesen nur auf Umwegen erreichen, weil jetzt Dr. Brauns nicht in Berlin ist. Da aber auch der Reichsarbeitsminister sich über den verbindlichen Schiedspruch nicht glatt hinwegsetzen kann, wäre es wohl besser gewesen, wenn der Oberbürgermeister direkt eine Vermittlungsaktion unternommen hätte, als diese Aufgabe dem Reichsarbeitsminister zuzuwenden, dem die Hände gebunden sind.

Nach allem appellieren wir an die beteiligten Gewerkschaften, im Einvernehmen mit den Streikenden eine Vermittlungsaktion einzuleiten, mit dem Ziel einer sofortigen Wiederaufnahme der Arbeit unter bestimmten Garantien für die weitgehendste Berücksichtigung der Beschwerden der Streikenden.

Gewerberat Körner ist der Auffassung, daß der Betrieb vielleicht schon am Mittwoch wieder aufgenommen werden kann, wenn beide Teile Entgegenkommen zeigen. Die Hochbahndirektion will mit den Gewerkschaften als Vertragskontrahenten verhandeln. Es wäre wirklich zu wünschen, daß diese Auffassung sich bestätigt. Es müßte dann heute ernstlich verhandelt werden.

Die streikenden Hochbahner

nahmen gestern nachmittag zu der Besprechung zwischen der Leitung des Arbeitgeberverbandes und der Streikleitung am Sonnabend Stellung.

Das Verhalten der Verhandlungskommission, die die starken Zumutungen abgelehnt hat, wurde einmütig gebilligt.

Im Verlauf der Aussprache kam allgemein zum Ausdruck, daß von einer bedingungslosen Wiederaufnahme der Arbeit keine Rede sein kann. Die Hochbahner würden sich und ihre Bewegung aufgeben, wenn sie sich den Forderungen des Herrn Erler und seiner Hintermänner unterwerfen würden. Alle Verordnungen der Direktion, Streikbrecher zur „Erweiterung des Notbetriebes“ anzuwenden, sind bisher vollkommen erfolglos geblieben. Wenn die Vermittler in diesem Streik keine anderen Vorschläge machen können, als wie bisher, dann ist an eine gütliche Beilegung des Kampfes nicht zu denken. Das streikende Fahrpersonal ist fest entschlossen, seine Sache auf dem bisherigen Wege des Kampfes durchzusetzen.

Es ist höchste Zeit, dem grausamen Spiel ein Ende zu machen. Ist auf beiden Seiten der Wille vorhanden, dann kann heute noch in wenigen Stunden nachgeholt werden, was in einer vollen Woche verflummt wurde.

Unternehmer und soziale Lasten.

Unmüßig wird mitgeteilt: Wie über die soziale Last im allgemeinen, so haben gewisse Unternehmerkreise auch über die angebliche Mehrbelastung, die der Uebergang von der Erwerbslosenfürsorge zur Arbeitslosenversicherung mit sich bringen soll, ganz phantastische und übertriebene Ziffern verbreitet. Die Mehrbelastung soll danach 100 Proz. und mehr betragen. Sie soll dadurch entstehen, daß in der Erwerbslosenfürsorge Voraussetzung für die Unterstützung Bedürftigkeit ist, während in der Arbeitslosenversicherung eine solche Bedingung natürlich ausgeschlossen ist, da man einem Arbeit-

Leserinnen und Freunde der „Frauenwelt“ werden hiermit herzlich eingeladen zum Fröhlichen Nachmittag

Donnerstag, den 20. November 1924, nachmittags 4 Uhr, in den Germania-Sälen, Berlin N., Chausseestraße 110. Saalöffnung 3 Uhr.

- Programm:
1. Lieber zur Gaute: Lisa Albrecht — Gertrud Baren.
 2. Reigenlied der Kindergruppe „Hallebes Tor“:
 - a) Es murmelt die Wellen, es murmelt der Bach.
 - b) Weigt im Sternenglanz leilt die Nacht herein.
 3. Regalationen Frau Marie Borchardt (Theater des Westens).
 4. Knispriech: Das Recht auf Freude.
 5. Lieber zur Gaute: Lisa Albrecht — Gertrud Baren.
 6. Reigenlied der Kindergruppe „Bronzauer Berg“:
 - a) Ich geh durch einen grünen Wald.
 - b) Dort unter der Linde.
 - c) Wo ein Stein's Hütle steht.
 - d) Hoppla, Heißa.
 - e) Der Rind und der Pflüchewitt.
 7. Regalationen: Frau Marie Borchardt (Theater des Westens).
- Eintrittsstorten zum Preise von 30 Pf. für die Veranstaltung sind zu haben: Lindenstr. 3, 2. Hof links, Zimmer 1.

nehmer nicht die Zahlung von Beiträgen zumuten kann ohne ihm auch bei Eintritt des Versicherungsfalles die Versicherungsleistung zu gewähren. In einer großen Zahl der bedeutendsten Arbeitsnachweise Deutschlands hat nunmehr eine Untersuchung darüber stattgefunden, wieweit die Mehrbelastung bei Wegfall der Bedürftigkeit als Voraussetzung tatsächlich betragen würde. Auch in diesem Falle hat sich gezeigt, daß die Mehrbelastung nicht entfernt den von Unternehmern angegebenen Betrag erreichen würde. Im großen Durchschnitt wird sie nicht mehr als 20 v. H. betragen. Gerade bei den größten Arbeitsnachweisen in ausgesprochenen Industriegebieten — so in Berlin, in Teilen des Ruhrgebiets, im sächsischen Industriebezirk usw. — liegt sie sogar wesentlich tiefer. Es ist an der Zeit, daß mit den unrichtigen Ziffern der Unternehmerkreise über die Lasten der Sozialpolitik gründlich aufgeräumt wird.

Zur Personalordnung der Eisenbahner.

Die Beratungen des Verwaltungsrats der Reichsbahn über den fünften Entwurf der Personalordnung finden am 20. November statt. Auch der fünfte Entwurf der Personalordnung konnte die Zustimmung der Eisenbahnerorganisation nicht finden. Sie haben deshalb an den Generaldirektor Defer einen Brief gerichtet, in welchem sie vor den Beratungen des Verwaltungsrats Verhandlungen mit dem Generaldirektor persönlich beantragt haben. Auf die eigentlichen Forderungen der Eisenbahner geht der Brief nicht weiter ein.

Lohnabkommen in der Musikinstrumentenbranche.

Die Abstimmung über den Schiedspruch ergab die Annahme desselben. Anschließend ist das Lohnabkommen von den beiderseitigen Organisationen unterzeichnet worden. Deutscher Holzarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

Schiedspruch für die Hamburger Werftarbeiter.

Ein Sonderarbitrationsausschuß des Reichsarbeitsministeriums fällt einen Schiedspruch, der den Werftarbeitern einen Aufschlag von drei Pfennigen pro Stunde zubilligt. Von den Werftarbeitern ist dem Schiedspruch zugestimmt. Von den Werksbesitzern liegt noch keine Erklärung vor.

Internationale Konferenz der Gastwirtsgehilfen.

Am 25. November wird in Berlin eine internationale Konferenz der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten zusammengetreten, um enger Verbindungen zwischen den in diesen Betrieben Beschäftigten herzustellen. Alle freigewerkschaftlichen Berufsorganisationen sind zur Teilnahme eingeladen. Nähere Auskunft erteilt die Internationale Union der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten, Amsterdam (Holland), Bestände 17.

Aus dem Petersburger Arbeiterleben.

Zunehmende Aktivität der Arbeiter.

Der RSD. wurde aus Petersburg geschrieben: In hiesigen Arbeiterkreisen macht sich eine zunehmende Belebung bemerkbar. Eine große Rolle spielt hierbei der Druck der Behörden auf die Arbeiter und die von ihnen mit allen Mitteln betriebene Intensivierung der Arbeit. Noch im vorigen Jahre mußten die illegalen sozialdemokratischen Organisationen die Aktivität der Arbeiter weichen, jetzt jedoch kommt die Initiative immer öfter aus den Massen selbst. In verschiedenen Betriebskonferenzen treten die Arbeiter, wie die Sowjetpresse meldet, mit „menschewistischen Reden“ auf. Gleichzeitig macht sich eine lebhaftere Nachfrage nach Gründung illegaler Zirkel bemerkbar; das ist insofern ein Fortschritt, als im vorigen Jahre das Streben der Arbeiter nur dahin ging, illegale Literatur zu verbreiten. Jetzt ist auch auf diesem Gebiet die Nachfrage so groß, daß sie nicht zu bewältigen ist. Wenn wir Tausende von Exemplaren des „Sozialistischen Boten“ (des in Berlin erscheinenden russischen sozialdemokratischen Zentralorgans) hier hätten, so würden wir sie ausgezeichnete verbreiten können.

Gleichzeitig macht sich in hiesigen Arbeiterkreisen immer stärker das Bestreben bemerkbar, ihre Stimme in der freien sozialistischen Presse ertönen zu lassen. Als Belohnung dafür kann der nachstehende

Protest gegen Edo Jimmen

angesehen werden, der aus den Kreisen der Arbeiter der Putzwerkzeuge-Berufe stammt und die Ansicht der zahlreichen sozialistischen Elemente in diesem Großbetriebe zum Ausdruck bringt. Wir lassen nachstehend diesen Protest in seiner ursprünglichen Fassung folgen:

An das Bureau der Sozialistischen Arbeiterinternationale und der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale.

Wir russischen Arbeiter leben in einem Zustande der vollkommen politischen Rechtlosigkeit. Es gibt weder Versammlungsfreiheit noch Rede- oder Pressefreiheit. Wegen einer gelegentlichen bescheidenen Kritik an der Tätigkeit der Gewerkschaften werden wir Arbeiter eingekerkert. Die Bedingungen, unter denen wir unsere illegale Tätigkeit für die Demokratie und den Sozialismus ausüben, sind grauenvoll.

Die einschlägige Arbeitslosigkeit, die niemandem von uns die Gewißheit über den nächsten Tag hinaus gibt, die furchtbare politische Unterdrückung haben

uns vollkommen zu Sklaven gemacht.

Wir sehen keinen Ausweg aus unserer Rechtlosigkeit. Der einzige Ausblick in unserem illegalen Leben war die Stimme der europäischen Arbeiter, die in der Sozialistischen Arbeiterinternationale und der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale vereinigt ist. Zu unserem tiefen Bedauern ist jetzt auch diese Stimme verstummt. Vor kurzer Zeit waren zwei Vertreter der Amsterdamer Internationale in Rußland: die Genossen Edo Jimmen und Susaune Lawrence. Sie kamen nicht als offizielle Vertreter, besaßen aber doch verantwortungsvolle Posten in uns naheliegender Parteiorganisationen. Sie wurden von den Vertretern der Sowjetregierung und der Gewerkschaftsbürokratie in Empfang genommen, die sie in Automobilen herumführten, in Musteranhalten geleiteten (die speziell für derartige Schaustellungen hergerichtet sind) und die Arbeiter in besondere, ihnen zu Ehren veranstaltete Versammlungen trieben und sie zwangen, Hurra zu schreien. Die Sowjetgewaltigen verstehen es ausgezeichnet,

Sand in die Augen zu streuen.

Am nächsten Tage prahlen die ausländischen Gäste in der Sowjetpresse in allen Tonarten Sowjetrußland. Und Edo Jimmen wurde so von Rührung gepackt, daß er sich zu der Erklärung verließ, das Bureau der Amsterdamer Internationale sei ein Sakai der Bourgeoisie. Diese Erklärung versteht uns in Erstaunen. Denn während die Gewerkschaftsbürokratie Potemkinsche Dörfer inszenierte und die erwähnten ausländischen Vertreter in früheren russischen Gemächern bewirtete, verfiel die wirkliche russische Arbeiterklasse immer tiefer unter der Schwere des politischen Druckes und der Armut, und der russische Bauer steht unter dem Hunger dahin und stirbt aus. Während die „Anhänger“ der Amsterdamer Internationale mit unseren Unterbrüdern posierten, gehen ihre Anhänger, die russischen Sozialdemokraten und die russischen Sozialisten, zu Leningrad in den Gefängnissen, auf den Solowjetski-Inseln, in Sibirien und in vielen anderen Deportationslagern zu Grunde. Viele Unglücklichen, die sich selbst überlassen und der Willkür der Tscheka ausgeliefert sind, führen einen erbitterten Kampf mit Hilfe von Hungerstreik, Selbstmord (sie schneiden sich die Pulsadern auf, erhängen sich), um die elementarsten menschlichen Daseinsbedingungen zu erzielen. Warum hat keiner der erwähnten Vertreter darum gebeten, daß man ihm die Gefängnisse, Konzentrationslager und Verbannungsorte zeige, in denen

Tausende russischer Sozialisten interniert

sind. Diese unglücklichen Gefangenen leben doch in Sowjetrußland unter Bedingungen, die das Blut in den Adern erstarren lassen. Warum sind sie nicht zu diesen unglücklichen Gefangenen gegangen? Was war ihre Begeisterung, heilige Einfalt oder Eignung? Wir bitten inständigst das Bureau der Arbeiterinternationale und der Amsterdamer Internationale, derartige taktlose Besuche ihrer Mitglieder zu verhindern. Obwohl sie zu uns nicht als offizielle Vertreter gekommen sind, gelten sie trotzdem als eure verantwortlichen Vertreter. Solche Besuche erschweren unsere ohnehin unerträglich schwere illegale Arbeit. Wir führen in Sowjetrußland

einen Kampf um die Demokratie

und den Sozialismus unter unheimlich schweren Bedingungen. Ihr müßt uns hierbei wenigstens moralisch unterstützen. Wir wenden uns gleichzeitig an die europäischen Arbeiter mit der kameradschaftlichen Bitte: Helft unseren sozialistischen Genossen, die in Sowjetrußland jahrelang in den Gefängnissen schmachten, infolge Unterernährung fast alle an Skorbut und Hungerinfektus erkrankt sind und wie die Fliegen dahinstirben, materiell und moralisch.

Wir russischen Arbeiter sind nicht in der Lage, unseren unglücklichen Gefangenen wesentliche Unterstützungen abzugeben zu lassen, denn bei uns in Sowjetrußland werden sogar Geldsammlungen für gefangene Sozialisten mit Gefängnis und Verbannung bestraft.

Eine Gruppe von Arbeitern der Putzwerkzeuge-Berufe in Petersburg.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter.

Funktionäre in den BSB-Betrieben! Heute abend um 7 Uhr im Café Grünbier, Zimmerstr. 20, wichtige Sitzung. Wir erwarten bestimmt, daß zu diesem Zeitpunkt jeder Funktionär anwesend ist. Die Oranienheide.

Wichtige, Zimmerer! Verbandskameraden! Heute abend 7 Uhr, Neue Friedrichstraße 10, Sinanna Rothke, Vertrauensmannerverammlung für das Buch-, Beton- und Tiefbauverbe. Die Vertreter aller Arbeitshellen müssen unbedingt erscheinen. Am Freitag, den 21. November, im Gewerkschaftshaus allgemeine Mitarbeiterversammlung, zu der der Zentralausschuß des Verbandes, Kamerad Schenfelder, das Referat übernommen hat. Die Verbandstagsprotokolle können nunmehr durch die Bezirksfunktionäre im Bureau eingeholt werden. Zentralverband der Zimmerer, Köhler, Berlin und Umgegend.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Heinz Salterns; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Revolution: Dr. John Saltschick; Solales und Konflikte: Felix Karbach; Anzeigen: Ed. Gluck; Amtlich in Berlin: Berlin: Fortwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Fortwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, Bureau 3, Berlin.

DUNLOP Vollgummi für Lastwagen

gleich in Qualität und Leistung wie

DUNLOP CORD für Automobile!

Die Weltmarke bürgt für Qualität!
Sophien-Säle Sophienstraße 17-18.
Norden 9296. Säle frei!



MAGGI'S Fleischbrühwürfel

In Qualität einzig!

Die Hochflut der Pakete.

Das Weihnachtsgeschäft hat seit Wochen begonnen. Nicht das Geschäft für den einzelnen Käufer, der in den Laden geht, um seine paar Bedürfnisse für sich und die Seinen zu Weihnachten zu befriedigen — er wird in diesen Jahre sehr schnell mit dem Einkäufen fertig werden! —, sondern das Geschäft der Fabrikanten und Großhändler. Sie haben längst schon die Abschlüsse gemacht, und namentlich der Handel mit Süßigkeiten, mit Schokolade, Pfefferkuchen und Marzipan, ist für den Fabrikanten und zum größten Teil auch für den Großhändler abgeschlossen. In diesen Tagen und Wochen beginnt der Verkehr an die Geschäfte, Läden und Verkaufsstellen.

Wer einen Einblick erhalten will in die Größe und den Umfang des Versandgeschäftes, der muß sich einen Spaziergang machen nach den großen Berliner Abfertigungsbahnhöfen, vor allem nach dem Schlesischen und dem Lehrter Bahnhof. Er wird die kühnsten Erwartungen übertroffen finden und staunend stehen vor der unendlichen Fülle der Pakete, die hier aus den großen Postpaketwagen ausgeladen werden, die mit der Straßenbahn im Dienst der Postvermittlung eintreffen und die aus den Bahnpostwagen ausgeladen werden. Die mit dem Beladen und Entladen der Wagen beschäftigten Beamten und Arbeiter zählen, zählen, unermüdet, die Zahl 1000 ist bald erreicht, und immer neue Pakete kommen und gehen, und der Bohmstiel bietet oft genug nicht Platz für alle die bis hoch an die Ueberdachung des Bahnhofs aufgestapelten Pakete. Man sieht hier fast ausschließlich die Pakete der Fabriken und der großen Versandgeschäfte, leicht zu erkennen daran, daß sie sich in Umhüllung und Verpackung einander gleichen wie Zwillingbrüder. Einer dieser braunen oder gelben Pappkartons sieht fast genau so aus wie ein anderer daneben liegender Karton. Man hat bekanntlich im Kriege die General-Pappe-Strasse, an der die sechs Berliner Bezirkskommandos lagen, und zu denen die Refruten mit den Pappkartons pilgerten, in denen sie ihre bescheidene Habe bargen, Generalpappkartonstraße genannt. Ah, um wie viel gewaltiger ist die Pappkartonarmee, die jetzt am Schlesischen und Lehrter Bahnhof am Beschauer vorüberzieht! Am allerstärksten ist der Tanz der Pakete in den Abendstunden, wenn es gilt, die Bahnpostwagen für die vielen aus Berlin fahrenden D- und Eilzüge zu beladen.

Und wenn man vor diesem geschäftigen Leben und Treiben steht, dem Ein- und Ausladen zuschaut, ist es so, als wenn einem ein geheimnisvoller Hauch umweht. Man weiß nicht, wohin diese Tausende und aber Tausende von Paketen wandern, nach welchen Städten und Ortschaften, wer sie öffnen und wer einst aus ihnen erfreut und zu Weihnachten beschenkt werden wird. Man weiß nur, daß sie in die weite Welt wandern, daß der Inhalt vieler Pakete vielleicht niemals an den Mann und an den Käufer kommt, daß er unbenutzt in einem Laden liegen bleibt, verstaubt, verschmutzt und an Ansehen und Wert verliert.

Zum Raubmord in der Elssasser Straße.

Der Raubmörder Beest, der den Briefmarkenhändler Bruno Hamburger in der Elssasser Straße 76 ermordet hat, wurde im Laufe des gestrigen Monats von den Kriminalkommissionen Dr. Riemann und Brachwitz noch weiter verhört, ohne daß bemerkenswerte neue Tatsachen festgestellt werden konnten. Der Verdacht bestrahlt nach wie vor, nach der Tat noch in der Wohnung gewesen zu sein. Wie er dort, hat er den Schlüssel nur an sich genommen, um durch Verschleierung der Tür die Einbrecher des Verbrechen zu verzögern. Den Schlüssel habe er in die Tasche des geraubten Mantels gesteckt und mit diesem verkauft. Das Raubmordverbrechen, mit dem der Täter sein ahnungsloses Opfer niederschlug, ist ein ziemlich schwerer Bronzehund. Er schlug so wuchtig zu, daß die Bronze einen Sprung bekam, an dessen Splittern Blut und Haare kleben blieben. Nach dem Brechen hielt sich Beest unter dem Namen Wertel die ganze Zeit bei dem Mädchen in der Blumenhollstraße auf. Den Tag über ging er nie aus. Erst nach Eintritt der Dunkelheit wagte er sich auf die Straße, um die geraubten Sachen zu verkaufen. Der Verdacht ist sehr ruhig und zeigt nicht eine Spur von Reue.

Ein Mord in Reckenburg beschäftigt auch die Berliner Kriminalpolizei. In Reckenburg bei Köbeln ermordete am Sonntag vormittag

ein 28-jähriger polnischer Arbeiter Wladislaw Dinkowicz die Schneiderin Franziska Kozal, mit der er ein Verhältnis hatte, weil er ihrer überdrüssig geworden war. Er eroberte sie sodann ihres Geldes. Man vermutet, daß der Mörder versuchen wird, über Berlin nach Polen zu entfliehen. Der Fräulein ist 1,70 Meter groß und unterseht. Er hat schwarzes Haar, einen englisch gestülpten Schmurrbart und trägt einen grauen weichen Hut, einen dunklen Jacketanzug und schwarze Schnürschuhe.

Der Abschluß einer Karriere.

Zur Verhaftung des Regierungsrates Bartels.

Zu der Aufsehen erregenden Verhaftung des bisherigen Leiters des Fremdenamtes im Berliner Polizeipräsidium, Regierungsrates Bartels, erfahren wir folgende Einzelheiten:

Die Fremdenpolizei besteht beim Berliner Polizeipräsidium in der jetzigen Form seit einigen Jahren. Kurz nach dem Kriege umfaßte sie eine große Anzahl Beamter, da in den ersten Monaten nach dem Waffenstillstand noch zahlreiche Abwicklungsarbeiten vorzunehmen, die in Deutschland inermittierten ehemals feindlichen Ausländer in ihre Heimat zu überführen waren usw. Im Laufe des letzten Jahres wurde die Abteilung dann stark verkleinert, nachdem in allen Ländern das Bestreben eingeleitet hatte, die Passformalitäten nach Möglichkeit aufzuheben. Die Fremdenpolizei blieb nach wie vor der politischen Polizei unterstellt. In der letzten Zeit hatte das Fremdenamt die Aufgabe, Ausländern, die sich in Berlin aufhielten und die in die Heimat oder in andere Länder reisen wollten, den sogenannten Sichtvermerk zu erteilen. In allen Fällen, in denen die Gesuche von Ausländern nach dem Sichtvermerk oder einer Aufenthaltserlaubnis keine Schwierigkeiten verursachten, wurden die notwendigen Formalitäten durch die Unterbeamten selbständig vorangetrieben, während der Dirigent nur in besonders wichtigen oder verwickelten Fällen herangezogen wurde. Bis zum vorigen Jahre unterstand das Fremdenamt dem Regierungsrat Göhrke, der dann durch Regierungsrat Bartels abgelöst wurde. Bartels entstammte der Bergkarriere, er wurde nach praktischer Tätigkeit als Bergbeamter Berater in der zuständigen, dem Handelsministerium unterstehenden Verwaltung und trat von hier aus, als der jetzige Staatssekretär Dr. Wehmann das preussische Staatskommissariat für die öffentliche Ordnung übernahm, zu dem als politischer Referent über. In dieser Stellung wurde dann Bartels, der inzwischen zum Regierungsrat ernannt worden war, in zahlreichen Fällen für die Zwecke der politischen Polizeibehörden verwendet, er hat u. a. auch Aufträge des Auswärtigen Amtes ausgeführt und wesen seiner hervorragenden Sprachkenntnisse — er spricht fließend fünf Sprachen, darunter russisch und jaranisch — auch viele Reisen unternommen, die ihn auch nach Rußland und Japan führten. Nach Auflösung des Staatskommissariats wurde er dann an die Spitze des Berliner Fremdenamtes berufen, da er gerade mit den Anwesenheiten dieser Behörde besonders vertraut und infolge seiner Sprachkenntnisse für diesen Posten geeignet war. Er galt allgemein als ein sehr erfahrener Beamter von tadellosem Charakter, von dem niemand aus seiner Umgebung oder aus dem Kreis seiner Vorgesetzten eine strafbare mit den Pflichten eines Beamten nicht zu verachtbare Handlung für möglich gehalten hätte. Nach den bisherigen Andeutungen über die Gründe seiner Verhaftung muß Bartels im dringenden Verdacht einer verübten Beamtendeckung im engeren Sinne nach § 332 StGB stehen, und zwar, wie bereits erwähnt, im Zusammenhang mit der Affäre des Ende vorigen Monats verhafteten russischen Kaufmanns Michael Holmann, dem Vertrauens- und Erziehungswort auf Last gelegt werden.

Die Verhaftung Bartels soll auf Grund ganz neuer, erst in den letzten Tagen aufgetauchter Verdachtsmomente erfolgt sein. In einem gewissen Kreise wird behauptet, daß es sich dabei um die Aufklärung eines geheimen Kontaktes des Regierungsrates bei einer kleinen Brücke über die Spree, dessen Höhe anlässlich mit dem Summen übereinstimmen soll, die nach den Behauptungen Holmanns dem Leiter des Fremdenamtes für ein gewisses Entgelt gekommen zu sein sollen, ohne daß wir jedoch die Verantwortung für die Richtigkeit dieser Behauptung übernehmen wollen.

Das Opfer eines gewerkschaftlichen Holsdiebes ist ein Ritterautobesitzer aus Schyßen geworden, der in einem Berliner Hospiz abgestiegen war. Während er auf kurze Zeit sein Zimmer verlassen hatte, wurden ihm daraus Tücheln von hohem Wert entwendet. Der Dieb ist auch an anderen Stellen schon aufgetreten. Er kommt stets ohne Gepäck, nur mit einer Aktentasche, und beschlief das Zimmer im voraus. Wo er dann Gelegenheit zum Stehlen findet, stiehlt er die Beute in die Aktentasche und verschwindet damit.

Derthel-Egloffstein.

In der Wohnung der Gräfin v. Wartenleben.

In dem Hochstapelsprozeß Derthel-Egloffstein wurde die Angeklagte Dora Lehmann vernommen, die behauptet, ganz unter dem Einfluß Derthels gestanden zu haben, mit dem sie damals zusammenlebte. Der Angeklagte bestätigt dies auch und versichert, daß er alle Mitangeklagten ins Unglück gestürzt habe. Sie hätten nur nach seinen Weisungen gehandelt, und er stehe für alles ein. Nach der Pause erklärte Derthel im Gegensatz zu seiner Stellungnahme am Vormittag, daß er es fett habe, auf die anderen Angeklagten Rücksicht zu nehmen. Er käme dabei immer mehr ins Unglück hinein. R.-A. Dr. Ludwig Reyer ersuchte den Angeklagten Derthel namens der anderen Angeklagten, nur bei der Wahrheit zu bleiben, damit sei allen am besten gerührt.

Der letzte große Fall betraf den Wohnungsschwindel, den der Angeklagte bei der Gräfin v. Wartenleben eingeleitet hatte. Die Gräfin stand im Jahre 1922 im Mittelpunkt einer auch im Reichstag oft erörterten Angelegenheit. Man hatte ihr den Vorwurf gemacht, daß sie während ihres Aufenthalts auf ihrem Gut bei Blankenfelde auch in Berlin die Lebensmittellisten weiter bezogen habe, trotzdem sie Selbstverforgerin war. Die Gräfin wurde auch damals zu 112000 Reichsmark Geldstrafe verurteilt. Bei der Erörterung im Reichstag war auch erwähnt worden, daß die Gräfin in der Hohensollernstraße 1 eine übermäßig große Wohnung, die sich auf mehrere Stockwerke ausdehnte, inne hatte. Das Wohnungsamt hatte daraufhin die Wohnung beschlagnahmt. Derthel erfuhr davon. In einem mit „Schneider, Oberleutnant und Verbindungssoffizier“ unterzeichneten Brief wurde der Gräfin der Besuch eines Dr. Macency von der amerikanischen Mission angekündigt. Die Deutschnationale Volkspartei hat ein Interesse daran, daß die amerikanische Mission die Wohnung erhält. Sie habe auch 10000 Reichsmark dafür ausgelegt. Kurz darauf erschien Derthel als amerikanischer Dr. Macency bei der Gräfin. Er war hierbei von Dora Lehmann begleitet, die er als Dolmetscherin und Mitbesitzer der Deutschnationalen Volkspartei ausgab. Derthel hatte vorher in der Schellinstraße seine andere Freundin, die Mitangeklagte Schwarze, als Mitglied einzeichnen lassen. Diese Mitgliedsliste wies die Lehmann bei der Gräfin vor. Es gelang schließlich Derthel, die Gräfin zum Abschluß eines materiellen Mietvertrages zu bewegen. Derthel erhielt die Schlüssel der Wohnung und erschien dort auch mehrmals. Er tat dort, als ob er zu Hause sei, spielte Harmonium und benutzte die Gesänge, die der Gräfin Briefbogen und ein Scheinbuch zu entwerfen. Durch den Portier des Hauses ließ sich Derthel auch polizeilich als Dr. Macency anmelden. Die Gräfin wurde aber misstrauisch, als sie die Wehrrechnung machte, daß der „Amerikaner“, der nur wenig Deutsch sprechen konnte, so daß er eine Dolmetscherin benötigte, heimlich mit dem ihn begleitenden angeblichen Verbindungssoffizier Schneider flüchtig Deutsch sprach. Als sie von dem Betrag zurücktreten wollte, drohte der Angeklagte mit dem Auswärtigen Amt, da er schon seine Familie telegraphisch habe zurückkommen lassen. Schließlich wollte er aber von dem Betrag zurücktreten, wenn die Gräfin ihm die angelegten an die Deutschnationale Volkspartei gezahlten 10000 Reichsmark zurückgäbe. Als er damit kein Glück hatte, ließ Derthel nichts mehr von sich hören. Der Angeklagte Derthel will auch in diesem Fall nur aus Egoismus gehandelt haben.

In der Verhandlung am Montag wurden auch die Sachverständigen über den Geisteszustand des Angeklagten vernommen. Prof. Dr. Strauch erwiderte in Derthel einen entarteten Nervenschwächling, der hochgradig minderwertig sei. Die Rechtsanwältin Dr. Fuchs und Dr. Themoß beantragten die Lösung von Prof. Dr. Billeter als weiteren psychiatrischen Sachverständigen, da dieser 1918 zu dem Schluß gekommen sei, daß Derthel unter einer zwangsläufigen Betätigung gestanden habe. Das Gericht beschloß, Prof. Dr. Billeter zu heute als Sachverständigen zu laden. Prof. Dr. Strouss bezeichnete die Angeklagte Dora Lehmann als ein charakterstarkes Mädchen. Sie sei schwärmerisch veranlagt und habe unter dem unheilvollen Einfluß Derthels gestanden. Auf Grund dieses Gutachtens beschloß das Gericht auf Antrag von R.-A. Dr. Füllsberger I von Amts wegen die Angeklagte Lehmann aus der Untersuchungshaft zu entlassen, weil Fluchtverdacht nicht mehr vorliege. Die Verhandlungen wurden dann auf Dienstag früh vertagt.

Große Jagdgewehrliche Konditorienausstellung. An der Zeit vom 28. November bis 8. Dezember findet die erste große jagdgewehrliche Ausstellung für das gesamte Konditoriengewerbe, verbunden mit Vesperstunden und Sühnwaffenfesten in der neuen Engelsallee, Landberger Allee 116—117, statt. Alle das Publikum wird die Vorbereitung der Jagdgewehre der ersten Produkte der Sühnwaffenbrauerei von besonderem Interesse sein.

Der Mittelweg.

Von Sir Philip Gibbs.

Einmal verließ ihn die Selbstbeherrschung, und er flammte so heftig auf, daß es ihn Janets Freundschaft hätte kosten können, wäre sie nicht so großzügig und ihr Humor nicht so allfassend gewesen.

Mit ihren Freundinnen konnte er noch Geduld haben, und wenn sie noch so wild daher redeten. Sie bewiesen ihren Idealismus durch den Dienst an der leidenden Menschheit. Aber manche unter den hier verkehrenden Männern erschienen ihm geradezu als verderbliche Giftpflanzen. Sie waren auch Mitglieder des „Linken Flügels“, in welchen Janet ihn vergeblich hinzulocken strebte. Es waren Egoisten, stolz auf ihren Idealismus, Pojets der rebellischen Philosophie, Jakobinerdilettanten, ohne Leidenschaft, ohne Ehrlichkeit.

Zwei davon hatten den Kriegsdienst verweigert und hatten sich als Pazifisten dafür einerkern lassen. Gut, dazu gehörte vielleicht ein größerer moralischer Mut, als in Zeiten allgemeiner Kriegsbegeisterung die graue Uniform anzuziehen. Aber diese jungen Leute waren nur dann Pazifisten, wenn das Vaterland in Gefahr war, und jetzt redeten sie hier in aller Sicherheit als überzeugte Revolutionäre, sprachen Lenin das Recht zu, die Feinde der russischen Revolution auszurotten, und priesen die herrliche Aussicht auf eine Weltrevolution, welche das kapitalistische System zerstören würde.

Besonders ein junger Mann namens Melvin erregte Bertrams Zorn. Mit affektierter gewählter Sprache, dabei mit seinem seidenen Taschentuch spielend, erklärte er seine Überzeugung, daß die Arbeiterpartei durch „eine direkte Aktion“ die Regierung stürzen werde.

„Dieser kommende Sirei wird die ganze Industrie lahmlegen. Alle Gewerkschaften werden sich zu gemeinsamem Vorgehen zusammenschließen, und ich freue mich schon auf das Vergnügen, die Kriegsgewinnler und Bourgeois an den Laternenpfählen hängen zu sehen. Es lebe die englische Revolution!“

Lachen und Weisfall ertönte noch, als Bertram sich langsam von seinem Stuhl erhob und, an den Kamin gelehnt, Melvin so wütende Blicke zuwarf, als wollte er ihn zu Boden schlagen. „Das kann ich nicht weiter mit anhören“, sagte er. „Was denn, mein sehr Verehrter?“ fragte Melvin. „Ihre verdammte Unaufrichtigkeit und den gefährlichen Unsinn, den Sie reden.“

Melvin entgegnete, daß er diese rohen Worte nicht liebe, so argumentierte man nicht. Man wäre weder höflich, noch geschmackvoll.

„Es ist jedenfalls nicht so roh wie eine blutige Revolution“, gab Bertram bitter zurück.

„So, so, Sie gehören zu den Reaktionären“, sagte Melvin scheinbar herausfordernd, aber seine Stimme zitterte. „Sie vertreten die Prinzipien der „Morning Post“.“

„Ich veruche jedenfalls, das Leben mit gesundem Menschenverstand anzusehen“, sagte Bertram, „und nicht wie ein wirklichkeitsfremdes Kind. Ich habe den Krieg in der Nähe gesehen. Deshalb will ich keine Revolution sehen. Die wäre noch entsetzlicher.“

Janet goß Del auf die empörten Bogen. „Ritter Treuherz“, sagte sie, „wahrlich, Ihr sprecht Worte der Wahrheit und der Weisheit. Dieses Kind ist nach Verdienst getadelt worden. Aber nun übt Gnade, denkt daran, daß hier ein Cärllein ist für schöne Damen, nicht aber ein Tummelplatz für zornige Ritter.“

„Verzeihen Sie“, sagte Bertram und wurde ruhiger. Melvin zog sich beleidigt zurück, und bald gingen auch die anderen.

„Ich habe mich benommen wie ein dummer Kerl“, sagte Bertram, als sie allein waren. „Verzeihen Sie mir wirklich?“ Sie verzog ihm so gründlich, daß sie sich an seiner Seite auf den Fußboden hinkauerte und die Hände um die Knie geschlungen, von all den Verwicklungen des Lebens zu sprechen begann. Bald aber meinte sie, er solle nur auch nach Hause gehen, es wäre nicht recht gegen seine junge Frau, wenn er so lange bliebe.

„Nun wird auch noch nicht zu Hause sein, und mir ist es verhasst, in ein einsames Haus zurückzukommen.“

Sie sah forschend zu ihm auf. „Ich fürchte, Ihre Ehe ist nicht so, wie sie sein sollte. An wem liegt die Schuld?“ „An mir!“ erwiderte er prompt.

Sie meinte, daß sie keinen verborgenen Kummer schon ergründen könnte, wäre er nur nicht so schrecklich schüchtern. „Ich möchte so gern helfen.“

„Das tun Sie schon“, beteuerte er, aber dann warnte ihn eine innere Stimme, daß dies nicht recht gegen Joyce wäre, und daß er die Treue, die seiner Seele heilig war, nicht mehr so fest hielt. Janet half ihm etwas zu viel. Bald würde er ohne ihre Hilfe, ihre Sympathie, ihr Verständnis, ihre Kameradschaft das Leben unerträglich finden. Mit einer plötzlichen Bewegung zog er sich von ihr zurück, und sie bliete erstaunt

auf. „Was ist denn, teurer Ritter?“ „Ich will doch lieber gehen. Es wird spät.“ Aber es war erst zehn Uhr und noch nicht zu spät für einen Besuch von Christy. Das Mädchen hatte ihm auf sein Klingeln geöffnet, und sie bemerkte ihn erst, als er schon im Zimmer stand.

„Hallo!“ grüßte er. „Wo sind alle die anderen?“

„Ritter Treuherz hat sie durch seine Heftigkeit verschreckt.“ Janet erhob sich von ihrem Platz auf dem Fußboden neben Bertrams Stuhl und reichte Christy die Hand mit der Bewegung einer Prinzessin. Christy drückte einen warmen Kuß darauf und sagte: „Das häßliche Tier huldigt der göttlichen Schönheit.“

„Das häßliche Megatherium dem schönen Pterodactyl“, ergänzte Janet. Sie scherzten auf ihre gewohnte Art, aber Bertram fühlte eine gewisse Spannung heraus. Christy war nicht so ungewohnt wie sonst, und Janet nicht ganz so natürlich.

„Gehen Sie schon?“ fragte Christy, als Bertram sich zur Tür wandte.

„Das veruche ich schon seit einer halben Stunde.“

„Dann bleibt nicht, weil Ihr gehen wolltet, sondern geht.“ zitierte Janet, und Christy lachte. Aber Bertram sah einen seltsamen Ausdruck in seinen Augen, halb schüchtern, halb bekümmert. War Freund Christy wegen seiner Kameradschaft mit Janet auf ihn, Bertram, eifersüchtig? Lächerliche Idee.

Christys Kritik an Bertrams Buch hatte es gnädig gemeint. Er verlangte nur die Streichung gewisser Stellen, welche Bertram in einen Prozeß verwickelt hätten, da sie sich gegen einen ganz bestimmten General richteten. Seine Anerkennung bestand in ein paar kurzen Worten, war aber für Bertram, der ihn kannte, töstlicher als das überschwenglichste Lob.

„Sie können schreiben. Sie finden das rechte Wort.“ Das war ungeheuer viel von dem scharfkritischen und todebrüchigen Christy. Außerdem erbot er sich, das Buch seinem Freunde, einem Berleger, zu schicken.

Bertram wollte sofort wissen, wann das Buch erscheinen werde und auf welches Honorar er rechnen könnte.

„Frühestens kommt es zum Herbst heraus.“

„Erst im Herbst? Gott im Himmel!“ Nun mußte Christy aber doch lachen. „Fürs erste hat es überhaupt noch niemand angenommen: Gebuß, mein Lieber.“

(Fortsetzung folgt.)

Wirtschaft

Die Ueberorganisation des Kartoffelhandels.

Die unregelmäßige Entwicklung des diesjährigen Kartoffelgeschäfts hat dem Kartoffelhandel Anlaß zu Klagen gegeben, die zugleich die Ueberorganisation im Kartoffelhandel beleuchten. Die „Kartoffelzeitung“ bringt eine Zuschrift aus Mitgliedskreisen, die sich besonders mit dem Herbstkartoffelgeschäft im Ruhrgebiet befaßt, wo es zahlreiche Verluste infolge verfehlter Kaufdispositionen gegeben hat. Zu erinnern ist daran, daß zeitweilig die Bahnhöfe des Ruhrgebietes mit Kartoffeln überfüllt waren, die keine Abnehmer fanden. In Erwartung großer Preissteigerungen wurde der Handel aufgetauft, was zu bekommen war. Die Eisenbahn mußte der starken Inanspruchnahme von Wagen dadurch entgegengetreten, daß sie die Wagenstandsgebühren stark erhöhte und so die Verladung zwang, schleunigst zu verlaufen.

Die verfehlten Spekulationen kamen daher, daß man die Kaufkraft der Verbraucher und das Eindeckungsbedürfnis überschätzt hat. Sodann hat, wie es in der erwähnten Zuschrift heißt, die Zahl der Kartoffelhändler um mindestens 100 Proz. erhöht. Nach Aufhebung der Handelsverträge stürzte sich alles auf den Kartoffelhandel. Die alten reellen Firmen, welche die immer steigenden Preise nicht zahlen wollten, wurden an die Wand gedrückt. Genau wie in den Verladeregionen, so hat auch in den Verbrauchergebieten die Zahl der Kartoffelhändler zugenommen. Alles kaufte Kartoffeln, um hierdurch reich zu werden. Eine Uebersicht des Marktes war darum nicht mehr möglich. Kammen die Waggon dann auf der Empfangsstation an, so wurde die Abnahme verweigert; denn gerade in diesem Jahr ist an jeder Kartoffel etwas zu finden. Infolge der nahen Blitterung sind die Kartoffeln mit Behm behaftet oder mit sauren usw. durchsetzt; auf der andern Seite kam Ware zur Verladung, welche jeder Sorgfalt entbehrte. Nun fragt es sich, woher bekommen die vielen neuen Händler ihre Ware? In der Vorkriegszeit arbeiteten die Verläder mit ihren bestimmten Kunden und Vermittlern. Es war früher für einen neuen Großhändler sehr schwer, ins Geschäft zu kommen. Heute dagegen ist es anders geworden. Genau so wie neue Großhändler wie Pilze aus der Erde gewachsen sind, so hat sich die Zahl der Agentenfirmer mehr als verdoppelt. Denn wenn man es mit der Vermittlung nicht so genau nimmt, kann auch hierbei viel Geld verdient werden. Woher hätten die vielen neuen Händler ihre Ware bekommen, wenn es keine Agenten gäbe? Verkauf ein Verläder seine Waren durch einen Vermittler, so verläßt er sich darauf, von den Vermittlern einen zahlungsfähigen Käufer zu bekommen. Ein Verläder würde wohl kaum an einen neuen Käufer, welcher ihm unbekannt ist, etwas verkaufen. Da gibt es 3. B. Leute, welche nicht für 10 Pf. auf sind, und doch jeden Tag den Bahnhof voll Kartoffeln liegen sehen haben. Fratt war es einen „Großhändler“, woher er keine Ware hat, so sagt er, durch den und den Agenten. Der Verläder verläßt sich auf den Vermittler und ist verlassen. Früher war es in der Ordnung, daß der Verläder sich erst über die Bonität (Reifezustand) des neuen Kunden eingehend informierte, heute fällt sogar dieses noch manchmal fort. Es kommt eben manchen Verläder (es sei nur von gewissenlosen Verläder die Rede) nur darauf an, möglichst viel Geschäfte auf dem Papier stehen zu haben; denn die Provision ist schon fällig nach Abschluß des Geschäftes; was kümmert es ihn, ob der Verläder nachher durch das schändliche Verhalten des Käufers Geld verliert. Je mehr Ware durch seine Hände geht, um so höher ist sein Verdienst.

Mit Recht verlangt die Fachzeitschrift, daß wenigstens im Kartoffelgeschäft wieder die Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns gewahrt wird.

Die geschädigten Zustände im Kartoffelhandel weisen aber auch deutlich darauf hin, wo die Gründe für die unmäßige Verteuerung der Kartoffeln zu suchen sind. In den letzten Monaten war es tatsächlich so, daß der Kleinhandelspreis für Kartoffeln fast immer um 80 bis 100 Proz. über dem Erzeugerpreis lag, daß ferner allein die Verdienstspreisen im Flachhandel so groß waren, daß die Verbraucher von einer Senkung der an den Erzeuger gezahlten Preise keinerlei Vorteil spürten. Hier sollte einmal ganz energisch durchgegriffen werden. Wenn sich bei den Fehlspekulationen eine Reihe von Händlerfirmen die Finger verbrannt hat, so ist das nur erfreulich, weil das hoffentlich unlaute Elemente abhalten wird, im Handel mit diesem wichtigen Lebensmittel hohe Verdienstmöglichkeiten zu suchen. Es ist auch durchaus wünschenswert, wenn sich der Fachhandel selbst gegen diese Mißstände zur Wehr setzt. Ein Erfolg jedoch wird nur dann zu erwarten sein, wenn einerseits Landwirtschaft und Verbraucherorganisationen, andererseits aber Fachhandel und Behörden zusammenarbeiten, um die Mißstände auf diesem Gebiete zu bekämpfen und wucherische Praktiken am Kartoffelmarkt auszuschalten.

Ziele der deutschen Handelspolitik.

Die Tatsache, daß mit dem 10. Januar 1925 die einseitige Meistbegünstigungsklausel fällt, die das Deutsche Reich seinen Kriegsgegnern gegenüber hatte, hat dazu geführt, daß zurzeit bereits Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich gepflogen werden und daß die Erörterungen über einen Handelsvertrag mit Großbritannien und mit Italien angebahnt sind. Die Interessenten sind seit Monaten damit beschäftigt, ihre Wünsche der Reichsregierung und den parlamentarischen Körperschaften darzulegen. Damit neben den Einzelwünschen und den hinter ihnen stehenden Interessen auch die gesamte deutsche Wirtschaft und das ganze deutsche Volk ihr Recht finden, ist der Deutsche Freihandelsbund (Frankfurt a. M., Neue Börse) bemüht, die Deffen Licht über die auf dem Spiel stehenden Gesamtinteressen aufzuklären. Er hat zu diesem Zweck Leitfäden für die deutsche Handelspolitik bekanntgegeben, denen wir folgendes entnehmen:

Die große Aufgabe, das deutsche Volk auf dem zur Verfügung stehenden Marktgebiet zu ernähren, ist mit dem vorhandenen Boden und den gegebenen dürftigen Naturanschlägen nicht zu lösen. Das deutsche Volk ist darauf angewiesen, das, was ihm fehlt, im weltwirtschaftlichen Austausch zu erwerben. Um einen möglichst großen Ausfuhrüberschuß zu schaffen, muß bei einem Mindestaufwand von Produktionskosten ein höchstmöglicher Ertrag erzielt werden. Eine Verbesserung der Produktion durch Verringerung der Löhne geht nicht an, da mit einer Herabsetzung der Lebenshaltung die Leistungsfähigkeit der deutschen Arbeit, eines der wichtigsten Aktioposten der deutschen Wirtschaft, sinken müßte.

Es wäre unwirtschaftlich, in Deutschland die Produktionszweige zu fördern, in denen Waren erzeugt werden, die im Ausland mit wesentlich geringeren Kosten hergestellt werden können. Ganz besonders gilt dies von denjenigen Waren, die selbst wieder als Produktionsmittel im Produktionsprozeß verwendet werden, also von Rohstoffen und Halbfabrikaten. Es gilt aber auch von den Lebensmitteln, deren Preise unmittelbar auf die Löhne und damit ganz allgemein auf die Produktionskosten einwirken.

Für eine deutsche Produktionspolitik ergibt sich daraus die Notwendigkeit, Lebensmittel, Rohstoffe und Halbfabrikate freier einzulassen. Den dadurch zunächst betroffenen Produktionszweigen, also Landwirtschaft, Rohstoff- und Halbfabrikatindustrien, erwächst die Aufgabe, sich durch Vervollkommnung des technischen Apparats so zu stärken, daß sie den Wettbewerb mit der ausländischen Konkurrenz aufnehmen können, ohne daß der überwiegenen Mehrheit des deutschen Volkes ungebührliche Opfer auferlegt werden. Offensibarem Notstand, insbesondere in der Landwirtschaft, muß mit anderen Mitteln als durch Zölle gesekert werden.

Die deutsche Fertigfabrikatindustrie kann auf offene Ausfuhrmärkte nicht rechnen, wenn sie nicht selbst geneigt ist, auf den Zollschutz zu verzichten. Mit Rücksicht auf die schutzjöllnerischen Reigungen des Auslandes müssen der deutschen Re-

gierung Handelsobjekte in Form von Zollpositionen zur Verfügung gestellt werden. Es muß jedoch Klarheit darüber bestehen, daß die deutsche Regierung gewillt ist als Vertreter der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes auf diese Zollpositionen zu verzichten, wenn die ausländischen Regierungen sich zu dem gleichen Vorgehen entschließen.

Es ist grundsätzlich falsch, bei den Erörterungen über die Handelspolitik zwischen Produzenten- und Konsumentenpolitik einen Unterschied zu machen. Jeder einzelne und jeder Betrieb ist zugleich Produzent und Konsument. Je mehr der Zollschutz ausgedehnt wird, um so schwächer wird die Schutzwirkung für den einzelnen Gewerbezweig und für den einzelnen Betrieb. Was er als Produzent der zollgeschützten Ware gewinnt, verliert er als Konsument anderer Waren, die einen Zollschutz genießen.

Die Berliner Elektriker-Genossenschaft teilt mit, daß sie in Wilmersdorf, Landbaustr. 4, eine Zentrale eingerichtet hat, von der aus sämtliche westlichen Bezirke Groß-Berlins in Bezug auf elektrisches Licht, Kraftanlagen und alle einschlägigen Facharbeiten bearbeitet werden.

Das deutsch-schweizerische Handelsabkommen. Die Verhandlungen zwischen Deutschland und der Schweiz, betreffend den Abbau der beiderseitigen Einfuhrbeschränkungen, sind gestern zum Abschluß gelangt. Das Abkommen wurde am Montag im Außenwärtigen Amt von den Delegationen unterzeichnet. Es bedarf noch der Genehmigung durch die beiden Regierungen und wird 14 Tage nach gegenseitiger Ratifizierung der Genehmigung in Kraft treten.

Die deutsch-russischen Handelsvertragsverhandlungen begannen am Freitag in Moskau mit einer feierlichen Eröffnungssitzung, in der der deutsche Botschafter Graf Brockdorff-Rungau eine einleitende Ansprache hielt und betonte, daß Deutschland den Weg nach Osten anstrebe als aufrichtiger Freund, um gemeinsam mit den Völkern der Sowjet-Union aufzubauen, was durch den Krieg zerstört wurde. Entschlossen, unter gegenseitiger Achtung der gegenseitigen Interessen des anderen Teiles zu verhandeln und in der klaren Erkenntnis, daß jedes Land das Recht besitzt, sein Wirtschaftssystem nach eigenem Ermessen aufzubauen, gehe man an die Arbeit. Am Montag begannen die geschäftlichen Verhandlungen zwischen den beiden Delegationen.

Betriebseinschränkung trotz lebhafter Nachfrage. Wie die Deutsche Bergwerkszeitung schreibt, ist die Nachfrage nach Eisenerzeugnissen unerwartet lebhaft geblieben. Die Vertreter der Werke im Reich bringen weitere Nachfragen an, die aber zurzeit abgelehnt werden müssen. Einige Werke verkaufen schon seit acht Tagen nicht mehr. Das Auslandsgeschäft hat sich ebenfalls etwas belebt und es sind hier und da bessere Preise erzielt worden. Ab rheinisch-westfälischen Werken sind im Freimarkt zurzeit etwa folgende Durchschnittspreise zu ermitteln: Vorblöcke 105 M., Knüppel 110—112 M., Platten 117 M., Eisbleche 122 M., Formeisen 117 M., Unverfälschten 132 M., Ganzblech 155 M., Grobbleche 135—138 M., Rißbleche 150 M., Feinbleche über 1 Millimeter 180 M., Feinbleche unter 1 Millimeter 195 M., Weißdraht 135 M., gezogener Draht stark 16 M. pro 100 Kilo, gezogener Draht perzent 20 M. pro 100 Kilo. — Trotz dieser Beteuerung des Eisenmarktes beabsichtigen die Rheinischen Stahlwerke III in Duisburg die Beschneidung aufzugeben und diese Betriebsabteilung auf eine andere Produktion umzustellen. Das Werk hat gegen 1000 Arbeiter und 70 Angestellte die Kündigung zum 1. Januar ausgesprochen.

Eine Leipziger Gartenbaumesse. Es ist geplant, vom Frühjahr 1925 ab eine Gartenbaumesse in Leipzig im Rahmen der Allgemeinen Rüstmesse zu veranstalten. Die Gartenbaumesse soll den gesamten deutschen Erwerbsgartenbau umfassen, darob aber auch auf die Samenzüchter- und Gartenbaubedarfsartikel ausgedehnt werden. Auf der Messe sollen die Gartenbauezugnisse als Handelsware so gezeigt werden, wie sie vom Erzeuger an die Wiederverkäufer oder Großverbraucher übergehen; sie hat also mit einer Gartenbauausstellung nichts gemein.

Neugestaltung des Kohlenyndikats. Der in der vorgestrigen Mitgliederversammlung des Kohlenyndikats gebildete Ausschuss ist, wie die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ hört, als eine Art Reorganisationsausschuss gebildet, der nicht nur die bestehenden Differenzen mit den zwangsweise angehörenden Sechen einer Klärung zuführen soll, sondern überhaupt eine Umgestaltung des gesamten Syndikatsvertrags vorbereiten soll. Insbesondere soll sich der Ausschuss auch mit einer neuen Lösung der Beteiligungssfrage befassen. Dem Ausschuss gehören Vertreter der Südentzweyer, der reinen Sechen sowie der zwangsweise angehörenden Sechen an.

Der Südwestdeutsche Kanalverein hat in einer nach drei Jahren zum ersten Male abgehaltenen stark besuchten Mitgliederversammlung beschlossen, die Regierungen und die Volkserretungen des Reichs und der Länder Württemberg, Baden und Hessen zu bitten, mit aller Energie so rasch als möglich den begonnenen Ausbau der Neckar-Wasserstraßen vom Rhein zur Donau durchzuführen.

Preisnotierungen für Nahrungsmittel.

Durchschnittseinkaufspreise in Goldmark des Lebensmittel-Einzelhandels je Zentner frei Haus Berlin.

Gerstengraupen, lose ..	18,50—24,50	Kakao, fettarm	75,00—96,00
Gerstengrütze, lose ..	18,50—18,75	Kakao, leicht entölt ..	100,00—120,00
Haferslocken, lose ..	20,00—21,50	Tea, Souchon, gepackt ..	320,00—400,00
Hafersgrütze, lose ..	21,50—22,50	Tea, indischer, gepackt ..	40,00—470,00
Roggenmehl 0/1	17,00—19,00	Inlandszucker basis mel.	29,00—32,00
Weizenmehl	19,25—22,50	Inlandszucker Raffinade	31,00—35,50
Hartgrieß	24,50—27,00	Zucker Würfel	37,00—42,00
70% Weizenmehl	17,00—19,25	Kunsthonig	39,00—45,00
Weizen-Auszugmehl ..	19,50—26,50	Zuckersirup hell in Elm.	40,00—45,00
Speiseerbsen, Viktoria ..	18,00—24,00	Speisesirup dunk. in Elm.	27,00—31,00
Speiseerbsen, Klumpen ..	16,00—18,00	Marmelade Einfr. Erdb.	90,00—95,00
Bohnen, weiße, I. Art ..	22,00—24,75	Marmelade Vierfrucht ..	40,00—
Langbohnen, handverles.	28,50—37,5	Pflaumenmus in Elmern ..	45,00—53,00
Linzen, kleine	18,50—29,50	Steinsalz, in Säcken ..	3,10—3,60
Linzen, mittel	31,00—37,50	Siedesalz in Säcken ..	3,70—4,20
Linzen, große	37,50—42,25	4,40—5,10
Kartoffelmehl	17,25—21,25	5,20—5,80
Makkaroni, Hartgrießbr.	43,50—45,00	Bratenschmalz in Tierces	90,00—92,00
Eiernudeln	47,00—54,00	Bratenschmalz in Kübeln	90,00—97,50
Mehlnudeln	24,00—30,00	Purelard in Tierces ..	86,00—88,00
Bruchreis	15,75—18,9	Purelard in Kisten ..	86,00—90,00
Raneon Reis	19,00—20,00	Speisetalg in Packung ..	65,00—66,00
Tateireis, glasiert, Patna	24,25—32,00	Speisetalg in Kübeln ..	—
Tateireis, Java	32,75—42,00	Margarine, Handelsm. I	66,00—
Ringäpfel, amerik.	80,00—100,00	desgl. II	60,00—63,00
Getr. Pflaumen 90/100 ..	40,00—46,0	Margarine, Spezialm. I ..	80,00—81,00
Pflaumen, entsteint	66,00—76,0	desgl. II	69,00—71,00
Cal. Pflaumen 40/50	60,00—65,00	Molkereibutter Ia i. Päck.	203,00—218,00
Rosinen in Kisten, Candia	60,00—70,00	Molkereibutter I. Pack.	212,00—216,00
Sultaninen Caraburu ..	75,00—92,00	Molkereibutter Ia i. Päck.	175,00—192,00
Korinthen, choice	65,00—75,00	Molkereibutter I. Pack.	182,00—200,00
Mandeln, süße Bari	195,00—210,00	Austlandbutter in Fässern	211,00—216,0
Mandeln, bittere Bari ..	200,00—210,00	Corned beef 12½ lbs p. K.	40,00—42,00
Zimt (Cassia)	110,00—120,00	Austl. Speck, geräuchert	106,00—120,00
Kümmel, holländischer ..	55,00—65,00	Quadratkäse	15,00—60,00
Schwarzer Pfeffer Singap.	125,00—130,00	Flascher Käse, vollfett ..	120,00—135,00
Weißer Pfeffer	175,00—185,00	Bayr. Emmenthaler	160,00—170,00
Rohkaffee Brasil	203,00—228,00	Echter Emmenthaler	170,00—185,00
Rohkaffee Zentralamerika	240,00—310,00	Austl. ungezuck. Condens.	—
Röstkaffee Brasil	280,00—300,00	milch 48/16	21,00—23,50
Röstkaffee Zentralam.	330,00—400,00	Inländische desgl. 48/12	16,50—19,25
Röstgetreide, lose	20,00—22,00	Int. ver. Condensm. 48/14	25,00—26,00

Eine deutsche Höchstleistung!

Teure Zeiten machen erfinderisch.
Die hohen Butterpreise brachten die große Erfindung
„Rahma buttergleich“

Probieren Sie noch heute
die
Margarine

„Rahma buttergleich“

Fort mit Severing?

Monarchisten und Kommunisten schreien in brüderlicher Enmütigkeit:

Fort mit Severing!

Rechts- und Linksradikale bekämpfen diesen Mann seit Jahren mit allen Mitteln der Verleumdung und Verhöhnung...

Fort mit Severing!

Was wird es bedeuten, wenn Severing nach diesen Wahlen nicht wiederkommt?

Severing hat in jahrelangem zähen Kampf die illegitimen Geheim- und Mordorganisationen der Rechts- und Linksradikalen bekämpft.

Severings Rücktritt würde den Triumph des Stahlhelms, Berwolds, Jungdeutschen Ordens, Organisation C., würde den Sieg der Bolschewisten von rechts und links bedeuten...

Severing hat in jahrelanger aufbauender Arbeit eine republikanisch zuverlässige Schutzpolizei geschaffen. Tritt Severing zurück und übernimmt ein monarchistischer Innenminister die Polizei...

Severing hat in die alte, muffige und reaktionäre preussische Verwaltung frische Luft hineingebracht. Früher konnten nur die feudalen Korpsstudenten Beamte werden.

Severing aber hat an Stelle der bis in die Knochen reaktionär konservativen Oberpräsidenten Männer wie den früheren Arbeiter Hirsing in Magdeburg eingesetzt...

Severing hat viele andere Arbeiter, die gezeigt haben, daß sie im Leben ihren Mann stehen, zu hohen und höchsten Beamten der preussischen Verwaltung gemacht.

Severing hat sozialdemokratische Landräte auf das flache Land gesetzt, damit sie für das Gemeinwohl wirken und für die Rechte der unter dem alten Regime entrechteten und geknechteten Landarbeiter eintreten.

Severing hat so den Fluch der sozialen und politischen Degradierung von den Arbeitern genommen und die vielen wertvollen Kräfte der Arbeiterbewegung für die ganze Republik nutzbar gemacht.

Tritt Severing zurück, so kommt der übermüßige, brutale pommerische Junker als Landrat, Regierungspräsident und Oberpräsident wieder, und es beginnt eine Zeit der schärfsten Reaktion und Arbeiterentrechtung...

Arbeiter! Frauen! Republikaner aller Beruf!

Wollt Ihr, daß Preußen ein festes Bollwerk der Republik gegen alle reaktionären Strömungen im Reich bleibe,

wollt Ihr, daß die bayerische Königsmaierei, die Ludendorff-Hitlerischen Putschverbrechen, die scharfrichterischen Gelüste der Schwerindustrie, die sinnlosen Bürgerkriegsinstruktionen der Moskauer zusehen werden,

wollt Ihr, daß die Revanchekriegsbegehr der Rechtsradikalen und abgedankten Offiziere zusammenbrechen, die ohne Waffen mit Euren Knochen und dem Blut Eurer Söhne den Irrenkampf gegen die stärksten Militärmächte der Welt führen möchten,

wollt Ihr, daß die Republik lebe und stark werde und daß der deutsche Arbeiter und seine Kinder eine freie, friedliche und glückliche Zukunft haben werden,

dann wählt sozialdemokratisch, auf daß Severing, der Mann des Vertrauens aller Republikaner, bleiben kann!

Volksgemeinschaft!

Das Ziel der Reaktion.

Wir haben kürzlich aufgezeigt, was die Deutschnationalen wollen. Die „Kreuzzeitung“ bestätigt, daß wir die Ziele der Reaktion richtig gezeigt haben. Sie schreibt:

„So hart es klingt, was der „Vorwärts“ in die Worte feldet: Die Sozialdemokratie soll vom Staatsleben ausgeschlossen werden. Sie soll wie eine ausfallige Partei behandelt werden, mit der grundsätzlich jede Zusammenarbeit abzulehnen ist...“

Die Arbeiterchaft und ihre Partei soll behandelt werden wie unter dem wilhelminischen Regime.

Darauf am 7. Dezember die Antwort: Sieg der Sozialdemokratie!

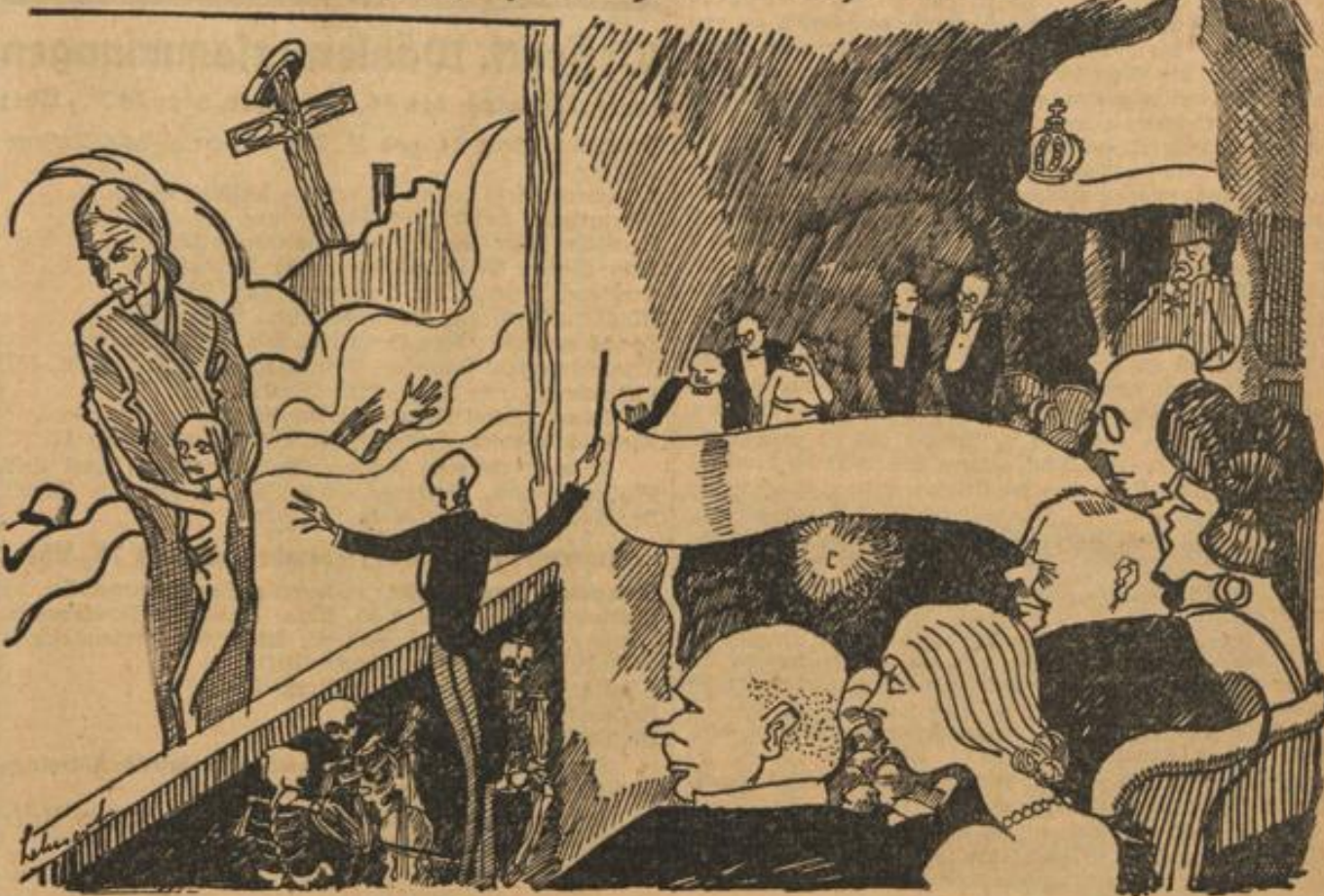
Das wahre Gesicht der Deutschnationalen.

Graf Westarps Klage über die Macht des Reichstags.

In einer Betrachtung in der „Kreuzzeitung“ vom 30. Dezember 1917, die dem Mitarbeiterzeichen nach aus der Feder des Abgeordneten Grafen Westarp stammt, jammerte der konservative Parteiführer darüber, daß der Reichstag in der zweiten Hälfte des Jahres 1917 eine „tatsächlich wirksam gewordene Erweiterung seiner Rechte“ habe „durchsetzen können“.

Es ist richtig, daß die damalige Reichstagsmehrheit im Gegensatz zu den Reichsparteien einen größeren Einfluß namentlich auf die

Deutsches Heldentheater.



Auf Wunsch hoher und höchster Kreise plant die Direktion eine nochmalige Wiederholung des bewährten Zugstückes „Das Leben für Ludendorff, Raffke und Comp.“ mit der Balletteinlage „Totentanz“.

außenpolitischen Geschehnisse anstrebte, je mehr sich herausstellte, daß anders es zu einem Frieden nicht kommen werde.

Das Volk — Gefindel!

In der gleichen Ausgabe der „Kreuzzeitung“ wittert ein Herr Julius Werner gegen die Demokratisierung. „Wenn die politischen Machtheber nicht den Mut finden, gegenüber der deutschfeindlichen Weltmacht die preussisch-deutsche Monarchie zu festigen...“

Nieder mit dem gleichen Wahlrecht!

Der „Reichsbote“ vom 15. November 1917 schrieb unter der Überschrift: „Dinge, für die wir danken“:

„Wir danken also für jeden Fall für die bereits angebotene „Republik Deutschland“. Wir danken aber auch für alle „Demokratisierung“, „Parlamentarisierung“ und für das „gleiche Wahlrecht“.

Das sind Beispiele von der Volksfeindlichkeit der Konservativen, die nach der Revolution schleunigst ihre Firma änderten, sich eine „Volks“partei nannten und vergessen zu machen suchten, wie sie als herrschende Klasse das gemeine Volk verachtet und es rechtlos gehalten haben.

Nach der Revolution heucheln sie.

In den „Richtlinien für unsere politische Arbeit“, die die Deutschnationalen im Anschluß an ihren Wahlauftritt zur Nationalversammlung Ende Dezember 1918 veröffentlichten, hieß es:

„Die gegebene Verfassung für den deutschen Staat ist nunmehr die parlamentarische Regierungsform, getragen vom Vertrauen der Mehrheit seiner Bürger und ruhend auf dem gleichen Wahlrecht.“

Und auch den Frauen kommt man jetzt entgegen: „Wir begrüßen die deutsche Frau als ein in jeder Beziehung zur Mitarbeit am öffentlichen Leben gleichberechtigtes Mitglied.“

Woher auf einmal die Freundschaft für die politische Frau? Vor dem Essen las man's ganz anders. Da gehörte die Frau ins Haus. Im öffentlichen Leben hatte sie nichts zu tun.

Damals hieß es: die Demokratie die gegebene Verfassung für Deutschland.

Heute fogen sie in ihrem Wahlauftritt: „Die vergangenen Monate haben genügt, den Parlamentarismus, dessen Unfruchtbarkeit wir voraussetzten, als Unmöglichkeit zu erweisen. Mit Ekel wendet sich das deutsche Volk, das Ruhe zu eigener Arbeit verlangt und sachliche Arbeit von seiner Regierung, von einem System ab, das von der Demokratie auf Geheiß der Finde eingeführt und von Erfüllungspolitikern zum Unglück des deutschen Volkes durchgeführt worden ist.“

Heuchel demois, Bestimmungslosigkeit auch heute. Können sie zur Regierung, sie würden das verfluchte System der konservativen Reaktion wieder aufleben lassen.

Werd die Reaktion nieder! Fort mit den maskierten Konservativen, den Deutschnationalen!

Ein Geisler-Sieg.

Es geht abwärts mit den Deutschnationalen.

Am Freitag, den 14. November, hielt die Deutschnationale Volkspartei ihre erste Wahlversammlung in Storkow (Potsdam) ab, wo sie bei den Wählern endgültig erobert zu haben glaubte und wo sie damals immerhin eine stattliche Stimmenzahl gemusst hatte.

hände und der Nationalen Arbeiterverbände“, war berufen, die Umfollfraktion der Halbdieren zu verteidigen. Wie anders diesmal das Bild als im Mai! Fast schien es, als sei für die Freunde der Deutschnationalen in Storkow für diesen Abend die Parole ausgegeben worden, der Versammlung fernzubleiben.

100prozentige Aufwertung!

Aber nicht für das Volk, sondern für die Fürsten.

Der thüringische Staat hat die Domänen und den Immobilien Besitz des Herzogs Bernhard v. Meiningen übernommen. Ueber die Entschädigung des Herzogs kam eine Einigung nicht zustande. Nun entschied das Oberschiedsgericht zugunsten des Herzogs. Er erhält:

- 1. 300 000 Goldmark Rückstände.
2. Weitere 300 000 M.
3. Eine monatliche Rente von 41 250 M. bis der Fiskus sein Kapital von 8 250 000 M. zurückzahlen wird.

Der beklagte Fiskus trägt vier Fünftel, der Herzog ein Fünftel der Gerichtskosten.

Der Besitz der Rentier und vieler anderer Staatsbürger ist bekanntlich ebenfalls an den Staat übergegangen. Der Staat entschädigt sie — wenn er sie entschädigt — mit einem geringfügigen Bruchteil ihrer Verluste.

Der Herzog Bernhard v. Meiningen wird 100prozentig entschädigt. Das ist Aufwertung nach den Herzen der Deutschnationalen.

Die wirtschaftliche Not der Polizeibeamten.

Von Adolf Kompf, Pol.-Obersekretär und 1. Vorsitzender des Verbandes Preuß. Polizeibeamten e. B. Ortsgruppe Kassel.

Eine Notiz über Erhöhung der Offizierspensionen, die in den letzten Tagen durch die Presse ging, gibt mir Veranlassung, die breite Öffentlichkeit auf die Befoldungsverhältnisse der Polizeibeamten, insbesondere der unteren Polizeibeamten (Schutz-, Kriminal- und Verwaltungspolizei), die Tag und Nacht auf der Straße stehen, hinzuweisen. Die an und für sich ausreichenden Offizierspensionen aufzubessern ist der Staat bereit, aber für die Polizeibeamtenschaft Gelder flüssig zu machen, kann sich der Staat nicht erlauben.

größter Ruhe verschlossen können, dieser Beamte wird am schlechtesten bezahlt. Am Preussischen Landtag haben alle Parteien, insbesondere die sozialdemokratische, demokratische und Zentrumspartei, die schlechte Bezahlung und die Raufage der Polizeibeamtenschaft anerkannt. Das Reichsfinanzministerium verhält sich aber immer noch ablehnend. Bei den Verhandlungen der Spitzenorganisationen haben sie wenig Gegenliebe gefunden. Trotzdem die Gegenstände des täglichen Bedarfs steigen, hält man den Beamten immer den Preisabbau vor. Den Unterstützungsfonds der Schutzpolizei hat man von 400.000 auf eine Million erhöht. Die Beamten verzichten auf den gesamten Unterstützungsfonds. Der Staat soll den Beamten das geben, was ihnen gebührt. Wir müssen zusehen, wie auf der einen Seite den höheren Beamten die Gehälter in ausreichendem Maße zur Verfügung gestellt werden, während auf der anderen Seite die unteren Polizeibeamten den wirtschaftlichen Sorgen durch Selbstmord, Unterschlagungen usw. entgegen müssen. Es soll ausdrücklich damit betont werden, daß damit nicht gesagt werden soll, daß die höheren Beamten zuviel Gehalt bekommen, aber wir vertreten mit aller Bestimmtheit den Standpunkt, daß es unmöglich ist, den höheren Beamten ausreichende Gehälter zu zahlen, während man die unteren Beamten verderben und hungern läßt. Wir wissen, daß die Finanzlage unseres Vaterlandes sehr schlecht ist, aber dann müssen alle Volksgenossen an den Lasten, die uns der verlorene, von den unteren Beamten und den Arbeitern ganz gewiß nicht gewollte Krieg und das Sachverständigenrat aufzuerlegt, gleichmäßig beteiligt werden.

Heute muß man sehen, wie die Arbeiter und die unteren Beamten hungern, während auf der anderen Seite Geld im Überflut vorhanden ist. Wo liegen nun die Ursachen unserer schlechten Bezahlung?

1. In der Unmöglichkeit und inneren Zersplitterung der Beamtenschaft selbst.
2. In der schlechten, vor allem Dingen ungerechten Finanzwirtschaft.
3. Daran, daß das Großkapital, das doch in Wirklichkeit regiert, sagt: „Bessert die Beamten nicht auf, sonst kommen die Arbeiter und verlangen eine Lohnerhöhung.“ Also bekommen die unteren Beamten nichts.
4. In der inneren, noch immer spaltenden Kluft zwischen Arbeit und Beamtenschaft.

Der letzte Punkt ist wohl der wichtigste, der auch von den maßgebenden Stellen geschätzt ausgeht wird.

Darum wagt auf, Kollegen, ich rufe euch zu: „Ihr habt am 7. Dezember, am Tage der Wahl, das Wort, gebt allen denen, die eure Lage nicht verbessern wollen, durch den Stimmzettel die gebührende Antwort.“

Für uns Schuttpolizisten ist die Wahl am 7. Dezember zum Preussischen Landtag von ganz besonderem Interesse, ja sogar ausschlaggebend. Viele Kreise, viele der jetzigen Vorgesetzten haben ein großes Interesse daran, daß unser Innenminister Severing, der in anerkannter Weise trotz Urteilen von links und von rechts es verstanden hat, mit der Arbeitspreussischen Polizei die Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten, verschwindet. Wir wissen, daß wir nach Artikel 130 der deutschen Reichsverfassung Träger der Gewalt sind und nicht einer Partei sind. Aber wir beanspruchen das Recht zu leben und wollen die uns gewährte Vereinigungsfreiheit und das Recht, das jedem Deutschen nach Artikel 118 zusteht, seine Meinung frei zu äußern, voll und ganz in Anspruch nehmen.

Denn wir unser Los verbessern wollen, wenn wir unsere Vereinigungsfreiheit behalten und nicht den Gegnern der Republik ausliefert werden, dann überlege jeder Beamte reiflich und wähle am 7. Dezember 1924

republikanisch.

Preussischer Landgemeindetag. Kommunale Steuerfragen und Verwaltungsreform.

Sonnabend trat der Verband der preussischen Landgemeinden zu einer Tagung im Reichstag zusammen. Anwesend waren Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden, der kommunalen Spitzenverbände, des Reichslandbundes und anderer mit Kommunalwirtschaft in Verbindung stehenden Organisationen. Der erste Vorsitzende, Bürgermeister Lange-Weißwasser, gab von der Entwicklung des jetzt 22.000 Mitgliedergemeinden zählenden Verbandes Bericht, der nunmehr die zweitgrößte kommunale Spitzenorganisation und als solche einen wichtigen Faktor im öffentlichen Leben darstelle, mit dem Gesetzgebung und Regierung rechnen müßten. Die Tagung sei in erster Linie von dem Wunsch erfüllt, die verloren gegangenen Selbstverwaltungsrechte der Gemeinden zurückzugewinnen und zu erweitern.

Dann gab Landrat a. D. Dr. Gerete den Geschäftsbericht. Er teilte mit, in welcher Richtung die Bemühungen der Organisation seit ihrer Gründung verlaufen seien. So habe man sich gegen die Absicht der Einführung der Landbürgermeistereien wie gegen die rückwärtslose Aufkündigung aller Gutsbezirke gewandt. Er begrüßte die Vereinfachung der Wahlbezirke und verlangte dann vor allem, daß die Landkreise in größerer Nähe als bisher den Stadtkreisen gleichgestellt würden. Besonders stark habe sich der Verband mit der Steuer- und Finanzfrage beschäftigt müssen. Die Gemeinden brauchen unter allen Umständen eigene Steuerquellen, denn bei dem augenblicklichen System sei es ihnen unmöglich, alle kommunalen Aufgaben durchzuführen. Zum Schluß betonte Dr. Gerete, daß der Verband sich bei aller Kritik jeder Parteipolitik enthalten und sich nur mit kommunalpolitischen Aufgaben beschäftigen wolle.

Als zweiter Punkt der Tagesordnung war ursprünglich ein Referat über

Kommunale Steuerfragen

durch Ministerialdirektor Popitz vom Reichsfinanzministerium vorgelesen. An seiner Stelle erschien jedoch Ministerialrat Dr. Kaufmann mit der Erklärung abzugeben, daß der Reichsfinanzminister mit Rücksicht auf die Tatsache, daß die augenblickliche Reichsregierung nur als eine geschäftsführende Regierung bis zu ihrer zu erwartenden Umbildung zu betrachten sei, seinem Vertreter auf dieser Tagung nicht gestatte, sich über den bevorstehenden Finanzausgleich zu äußern um nicht dadurch den Absichten einer künftigen Regierung vorzugreifen. Dr. Kaufmann glaube aber versichern zu können, daß das Reichsfinanzministerium nicht abgeneigt sei, den Gemeinden hinsichtlich mancher Wünsche, so vor allem, hin-

sichtlich einer einheitlichen Bewertung des Grundvermögens entgegen zu kommen, wie überhaupt es das Bestreben des Ministeriums sei, den Gemeinden in der Überwindung ihrer finanziellen Nöte behilflich zu sein.

Diese Erklärung des Vertreters des Reichsfinanzministeriums wurde von der Versammlung mit sichtbarer Enttäuschung aufgenommen. Seitens des Verbandes wurden dann dem Regierungsvertreter durch den Geschäftsführerasmus Swinemünde die

Oeffentl. Wählerversammlungen

heute, Dienstag, den 18. November, abends 7 1/2 Uhr:

Prenzlauer Berg, 24. und 25. Ubl.: Oberrealschule, Pasteurstraße 44.

Kreuzberg: Erbe (vorm. Klien), Hasenheide 13.

Mariensfelde: Haseloff, Berliner Straße 114.

Neukölln: Erbe (vorm. Klien), Hasenheide 13.

Brick: Beders Gesellschaftshaus, Chausseestraße 97.

Treptow: Ritzke, Am Treptower Park 26.

Alt-Glienide: Franz Bohn, Grünauer Straße 55.

Oberschönewalde: Aula Gemeindeschule, Frischensstraße.

Friedrichshagen: Schröders Gesellschaftshaus, Friedrichstr. 137.

Lichtenberg: Villa Mittelschule, Markstraße.

Mahlsdorf: Lokal Anders, Bahnhofstraße.

Niederschönhausen: Schloß Schönhausen, Lindenstraße 11.

Redner: Crispian, Kuttner, Dr. Löwenstein, Karl Leid, Müller-Franken, Siering, Ernst Reuter, Heinrich Schulz, Dr. Wenl, Bermuth, Jista.

Donnerstag, den 20. November, abends 7 1/2 Uhr:

Prenzlauer Berg, 27. Ubl.: Schulaula, Sonnenburger Str. 20.

Charlottenburg: 51. und 55. Ubl.: Schulaula, Dandelmannstraße 28/28. — 52. und 53. Ubl.: 30. Gemeindeschule, Wiebestraße (Eingang Kreuz Ufer).

Steglitz: Oberrealschule, Eichenstraße 2.

Karlshorst: im Fürstenthaus.

Blankenburg: Lokal Klug, Dorffstr. 2.

Tagesordnung: Deutschnationale oder sozialdemokratische Politik? — Kriegs- oder Friedenreichstag?

Redner: Künstler, Dr. Löwenstein, Lempert, Otto Meier, Dr. Moses, Ruben, Adèle Schreiber.

Oeffentliche Frauenkundgebung

heute, Dienstag, den 18. November, abends 7 1/2 Uhr:

Wilmersdorf: Oberrealschule am Seepark. — Ansprache, Rezitation, Gesangsvorträge. — Redner: Pfarrer August Bleier.

wesentlichsten Wünsche der Gemeinden hinsichtlich einer Finanzreform vorgelesen. In erster Linie wurde die Erteilung des Zuschlagsrechts zur Einkommensteuer verlangt, die früher die Haupteinnahmequelle der Landgemeinden gebildet habe, und im Zusammenhang hiermit die Einführung der örtlichen Vereinsteuernkommission, um ungleiche Veranlagung zur Einkommensteuer zu vermeiden. Ferner wurde eine weitere Beteiligung der Gemeinden an den Umsatzeinkünften, Vereinfachung der Steuerzahlung, Aufhebung der einheitlichen Befassung des Grundvermögens (!), Veranlagung der Gewerbesteuer durch die Ortsbehörden u. a. m. gefordert.

Als zweiter Referat sprach dann der bisherige deutschnationale Abgeordnete Dr. Popitz über die Verwaltungsreform. Er betonte einleitend, daß die Notwendigkeit einer solchen Reform wohl von niemandem bezweifelt werden könne, da man in einer Ueberfülle von Instanzen und Kontrollen erlicke. Der Redner beschloß sich dann eingehend mit der sogenannten kleinen Verwaltungsreform, sowie mit der Landgemeinden- und Städteordnung, wobei er betonte, daß die wichtigste Frage der Autonomie, an die nur mit größter Vorsicht heranzugehen werden dürfe. Auf keinen Fall dürfe dadurch eine Voderung des Staatsergebnisses, eine Verschärfung Preußens herbeigeführt werden. Dagegen seien die Provinzen in starkem Ausmaße für die Erfüllung der Staatsaufgaben heranzuziehen.

Nachdem noch Rektor Herrmann über Schulreform gesprochen hatte, wurde in die Ansprache eingetreten. Sie ergab nämlich, nachdem bis dahin die Stimmung der Tagung völlig einmütig zu sein schien, eine Opposition in verschiedenen wichtigen Punkten, so in der Frage der Auflösung der Gutsbezirke, der Einführung der Landbürgermeistereien und der Wahl des Schulvorstandes. Mehrere Gemeindevorsteher stellten sich auf den Standpunkt, daß die Auflösung der Gutsbezirke sowie die Einführung der Landbürgermeistereien entgegen den vom Vorstand und den Referenten geäußerten Meinungen durchaus zu begrüßen seien. Ferner wurde Kritik daran geübt, daß bei der Auswahl der Referenten anscheinend parteipolitische Gesichtspunkte mitgewirkt hätten. Als es dann zur Abstimmung über die von den Vertretern der Provinzen beschlossenen Entschlüsse kam, konnte zunächst keine Einigung erzielt werden. Die Gegenüber sprachen dabei verschiedentlich so hart aufeinander, daß einige Delegierte mit dem Austritt der hinter ihr stehenden Gemeinden aus dem Verbande drohten. Schließlich gelang es dem Vorstand, die erregten Gemüter zu beruhigen und die Annahme der Entschlüsse mit einigen kleinen, den Wünschen der Organisation entgegenkommenden Venderungen zu erzielen. Zur Finanzreform wurde festgestellt, daß ohne die Wiederherstellung der finanziellen Selbstverantwortlichkeit der Gemeinden eine Behebung ihres Finanzleids nicht denkbar sei. Zur Verwaltungsreform wurde die Stellungnahme des Vorstandes gebilligt und die schnelle Durchführung der Reform verlangt. Die Entschlüsse stellt sich weiterhin auf einen ablehnenden Standpunkt hinsichtlich der restlosen Einführung von Landbürgermeistereien und einer allgemeinen Aufkündigung der Gutsbezirke. Uneträglich sei ferner vom Standpunkt der Selbstverwaltung die Bestimmung, wonach die Landräte willkürlich vom Staatsministerium ernannt werden können. Zur Schulreform wurde auf dem Gebiete des Volksschulwesens eine Verständigung der gegenseitigen Spitzenverbände für wünschenswert erklärt und die Kommunalisierung der Volksschulen entschieden abgelehnt.

Gewerbe- und Kaufmannsgerichte.

Verbandsversammlung in Bremen.

Am 14. und 15. November tagte in Bremen die 12. Verbandsversammlung des Verbandes deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, die von mehr als 300 Vertretern besucht war. Außer Vertretern der Bremer Regierung und Behörden nahmen auch mehrere Vertreter von Reichs- und Landesministerien an dieser Tagung teil. Bemerkenswert ist aus der Begrüßungsansprache des Vertreters des Reichsarbeits- und Reichsjustizministeriums die Mitteilung, daß auf Grund mehrerer dringlicher Anträge im Reichstag der Reichsarbeitsminister bereits in der nächsten Zeit den

Entwurf eines Arbeitsgerichtsgesetzes

der Reichsregierung, alsdann dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat und dem Reichstag vorzulegen gedenke. Nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten und nach Wiedermahl des bisherigen Verbandsausschusses hielt Universitätsprofessor Dr. Hedemann-Jena den ersten Vortrag über „Das freie Ermessen in der Gerichtsbarkeit“. Der Redner gab einen geschichtlichen Überblick über die Entwicklung der gerichtlichen Beweistheorie, bei der der Richter den Schuldbeweis nach harten, unumstößlichen Formeln suchte. Das erparde ihm eigene Stellungnahme und brachte seine eigene innere Stimme zum Schweigen. Seit etwa zwei Jahrzehnten hat

Die Bewegung des freien Rechts eingeleitet

und sich machtvoll ausgebreitet. Die Richter entscheiden heute mehr oder minder nach freiem Ermessen, ob eine Behauptung wahr oder unwahr, ein Zeugnis glaubwürdig ist oder nicht. Die Freiheit des Richters ist dadurch gewaltig gewachsen, zugleich aber auch hat sich seine Verantwortung vergrößert. Diese Verantwortung könnte nicht ernst genug genommen werden, da bei unerer in Gegenständen zerrissenen Zeit auch bei dem Richter als einem Kind seiner Zeit religiöse, allgemein menschliche, literarische und berufliche Abhängigkeit möglich sei. Die größere Freiheit in der Rechtsprechung sei zu begrüßen, aber sie könne des erhöhten Verantwortungsgefühls der Richter nicht entbehren.

Ueber „Neue Aufgaben der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte“ sprach Obermagistratsrat Böbling-Berlin, der dringend die endgültige Befestigung der Arbeitsgerichte durch

ein einheitliches Arbeitsgerichtsgesetz

forderte. Die Arbeitsgerichte hätten sich der ihnen zugewiesenen Aufgaben und selbst ihrer ausgedehnten freiwilligen Tätigkeit vollkommen gewachsen gezeigt. Bedauerlich sei, daß von den Gewerbe- und Arbeitsgerichten die Sachverständigen genannt und sie den Schlichtungsausschüssen übertragen habe. Das Einigungs- und Prognoseverfahren müsse bei den Arbeitsgerichten wieder vereinigt werden. Ein Rückschritt auf dem Gebiete der sozialen Rechtsprechung dürfe nicht geduldet werden.

Eine lebhafte Aussprache entwickelte sich über ein von Richter Dr. Schmincke-Bremen erlassenes Referat „Die Erfahrungen mit der neuen Schlichtungsordnung“, in dem dieser die Mängel der auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassenen Schlichtungsordnung vom 30. Oktober 1923 hervorhob und sich dahin aussprach, daß die Schlichtungsordnung nicht mehr darstelle, als eine Notbrücke zu einem allgemeinen Arbeitsgerichtsgesetz. — Zwei Vertreter von Arbeitgebervereinigungen führten Klage darüber, daß es „zu viel Gerichtsbarkeit“ gäbe, wodurch die Einseitigkeit der Rechtsprechung beeinträchtigt werde. In den Arbeitsgerichtsgerichten fehle es häufig an juristisch genügend vorgebildeten Personen. Es sei bedauerlich, daß die Berufungsorgane bei den Arbeitsgerichten zu hoch sei und daß es gegen arbeitsgerichtliche Urteile keine Berufung gebe. Einer der Unternehmervertreter forderte die Eingliederung der Arbeitsgerichte in die ordentliche Gerichtsbarkeit; die Berufung müsse eingeführt werden und Vorsitzender müsse ein Richter sein.

Der Standpunkt der Arbeitnehmer

vertretet Clemens Rörpel vom ADGB, der in den Ausführungen der Unternehmervertreter den Beweis erbrachte, daß ihnen der Geist des Arbeitsrechtes völlig fremd ist. Der Sinn der Arbeitsgerichte, den Arbeitnehmern schnell zu ihrem Recht zu verhelfen, nicht durch Herabsetzung der Berufungsorgane und durch Synaushebung des Verfahrens zuwunde. Berufungsmöglichkeiten bei den Arbeitsgerichten würden in vielen Fällen dem Arbeitnehmer längere Zeit ihren eingeklagten Lohn vorenthalten. Schnelligkeit des Verfahrens bei den Arbeitsgerichten sei bedeutungsvoller als ein gleichartiges Verfahren. Die Arbeitnehmer betrachten es als wichtige Errungenschaft, daß über ihre Angelegenheiten Befehl aus der Arbeitnehmerschaft und Arbeiterberufung erteilt werden. Auch wie sich die Meinung, daß die jetzige Regelung der Arbeitsgerichtsbarkeit nur ein Provisorium ist. Die freien Gewerkschaften sind Anhänger des Gedankens eines Geschlichts der Arbeit, worin die unzähligen zerstreuten Bestimmungen der jetzigen Arbeitsgerichtsbarkeit zusammengefaßt werden. Es müssen

selbständige Arbeitsgerichte

mit abweichendem Instanzenzug und eigenen Verfahrensvorschriften geschaffen werden. Die heutige Zuständigkeit der arbeitsrechtlichen Bestimmungen in verschiedenen Geseßen vornehmlich der Arbeitnehmer, die dadurch oft um ihr Recht kommen. Wir fordern weiter partitatisch zusammengesetzte Arbeitsbehörden, die alle Arbeitsfragen regeln. Unser Ziel ist, daß aus dem Geiste der Arbeiter heraus sich die Gerechtigkeit durchsetzen soll.

Das letzte Referat, mit der die Tagung abschloß, hielt Stadtrat Dr. Goldschmidt-Moalburg über „Die Bedeutung der Zivilverfahren für die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte“. Das Güterverfahren der Novelle ist für die Gewerbegerichte nicht zwingend, doch hat das Gericht freie Hand bei einem Gütertermin. Das Mahnverfahren fällt bei den Arbeitsgerichten fort, weil es eine Vordrängung des Prozeßverfahrens bedeuten würde. Bogaßverfahren können die Arbeitsgerichte nicht, denn auch der geringste einzelnste Lohn ist für den Arbeitnehmer von großer Bedeutung. Ohne Bedenken können die Neuordnungen der Zivilprozeßnovelle, die weitergehend als die sondergerichtliche Regelung seien, für die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte übernommen werden.

Die Tagung war damit zu Ende. Es wurde dem Verbandsausfluß überlassen, Zeit und Ort des nächsten Verbandstages zu bestimmen.

Spröde u. rote Haut

Auffrischen der Hände und des Gesichts, Wundsein und unreinen Teint. Dieses bewährte Hautbelästigt sofort **Leokrem** pflegemittel erhalten Sie überall, wo Sie die bekannte Chlorodont-Zahnpaste kaufen.

Vorshaus mild
gehaltvoll
beste
P. **Figarette**
MASCHALLAH
BERLIN

Rein überseeische Fehlfarben-Zigarre

W 8, Unter den Linden 3 Ecke Wilhelmstraße

Zentrum 5889 Versand portofrei

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater Opernhaus 7 U.: Cool fan tutte... Lessing-Theater 8 Uhr Die große Revue Wien gib acht!

Theater im Admiralspalast Dir.: Hermann Hailer Täglich 8 1/4 außer Bußtag Noch und Noch Die große Revue in 50 Bildern

Fedora Durieux, Limberg, Chandon, Vatel... Trianon-Th. Heute 8 Uhr: Solott' Erika Gießner, Jul. Falkenstein

Große Volksoper 7 1/2 Uhr Tristan u. Isolde 7 1/2 Uhr

Rose-Theater Dir.: B. Rose 7 1/2 U.: Schmetterlingsnacht... Goethe-Bühne Klosterrst. 43

KOMISCHE OPER Direktion: James Klein 8 Uhr Allabendlich 8 Uhr Größte Revue aller Zeiten „Das hat die Welt noch nicht gesehn“

Casino-Theater Lützow-Str. 17 7 1/2 Uhr: Satan Weib!... Th. i. d. Gem.-Turnhalle Weibensee, Fährst. 73

Rum Rezept: 1/2 Liter Weingeist (Spiritus Vini 95%)... Prüfen Sie das ausgeprägte echte Rum...

Alt-Heidelberg Preise: 80 Pf. b. 2 Mk. Varieté-Spielplan

Haydn-Mozart-Beethoven-Abd. des Philharmon. Orch. Dirig.: Prof. R. Hagel

NORDDEUTSCHER LLOYD BREMEN Atlantischen Inseln Spanien und Portugal Azoren, Madeira, Teneriffa, Malaga, Granada

Verkäufe

Teppich-Thomas, Drantenstraße 41... Kleiderkäufe... Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Möbel

Wohnzimmer, Schlafzimmer, Esszimmer... Kleiderkasten, Kommoden, Schränke

Arbeitsmarkt Stellengesuche Stellenangebote

Tüchtige fachkundige Verkäuferinnen für Handschuhe u. Strumpfwaren sofort gesucht. Jandorf & Co. Belle-Alliance-Str. 1-2

Reichshallen-Theat. Abends 8 U. u. Stg. nachm. 3 Uhr Stettiner Sänger

Oefen Eiserne Oefen Kachelöfen Kochherde R. Zechlin BERLIN C. Alexanderpl. 49

Pianos, Flügel Römheldt, Potsdamer Str. 126.

Möbel, auf und billig auf Teilzahlung... Goldmanns billige Möbelgeschäfte

Musikinstrumente Klavier, Gitarre, Violine

Fahrräder Motorräder, Kleinstwagen

Garten: Laube, Balkon, Stabwerk

Kaufgesuche Prismen, Fotoapparate

Verschiedenes Verkauft, gesucht

Arbeitsmarkt Stellengesuche Stellenangebote

Arbeitsmarkt Stellengesuche Stellenangebote

Arbeitsmarkt Stellengesuche Stellenangebote

Arbeitsmarkt Stellengesuche Stellenangebote

Arbeitsmarkt Stellengesuche Stellenangebote

Arbeitsmarkt Stellengesuche Stellenangebote

Arbeitsmarkt Stellengesuche Stellenangebote

Arbeitsmarkt Stellengesuche Stellenangebote

Arbeitsmarkt Stellengesuche Stellenangebote

Arbeitsmarkt Stellengesuche Stellenangebote

Arbeitsmarkt Stellengesuche Stellenangebote